

27. Januar – Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus

Gernot Jochheim



Das Entscheidungszentrum für die rassistische Vernichtungspolitik des NS-Regimes war die Reichshauptstadt Berlin. Nach 1990 wurden im Zentrum der Stadt Gedenkort für Opfergruppen des Nationalsozialismus geschaffen: ① das Denkmal für die ermordeten Juden Europas des US-amerikanischen Architekten Peter Eisenman; ② das Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma des israelischen Environment-Künstlers Dani Karavan; ③ eine zum Erinnerungszeichen umfunktionierte Skulptur des US-amerikanischen Bildhauers Richard Serra (ursprünglich „Berlin Curves“/„Berlin Junctions“) am Ort des Organisationszentrums der Krankenmorde in der Tiergartenstraße 4 sowie ④ das Denkmal für die Opfergruppe der Homosexuellen des dänisch-norwegischen Künstlerpaares Michael Elmgreen und Ingar Dragset.

Inhalt

Gedenktag 27. Januar	
Wessen Gedenken? Wessen gedenken?	Seite 2
Rassistische Gesinnung	Seite 2
Ausgewählte Opfergruppen	
Juden	Seite 4
Sinti und Roma	Seite 6
Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter	Seite 8
„Gemeinschaftsfremde“ und Kranke	Seite 10
Homosexuelle	Seite 13
Nicht angepasste Jugendliche	Seite 14
Anmerkungen zur Erinnerungskultur	Seite 15
Impressum	Seite 16

„Das Vergessen der Vernichtung ist Teil der Vernichtung selbst“

Jean Baudrillard

1996 erklärte der damalige Bundespräsident Roman Herzog den 27. Januar zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“. Als Datum wählte er den Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz im Jahre 1945, der mittlerweile auch international als Gedenktag begangen wird.

Dieses Heft will an ausgewählten Opfergruppen die Dimension des NS-Rassismus aufzeigen und einzelne Mahn- und Gedenkzeichen als Beispiele für eine sich erweiternde Erinnerungskultur in der Bundesrepublik Deutschland vorstellen. Da der zeitliche Abstand zum Geschehen wächst und die Generation der Zeitzeugen schwindet, ist es von Bedeutung, zukunftsweisende Formen des Erinnerns zu finden.

Wessen Gedenken? Wessen gedenken?

„Der 27. Januar soll dem Gedenken an die Opfer der Ideologie vom ‚nordischen Herrenmenschen‘ und von den ‚Untermenschen‘ und ihrem fehlenden Existenzrecht dienen.“ So hat Bundespräsident Roman Herzog die Intention jenes Gedenktages gekennzeichnet, den er am 3. Januar 1996 begründet hat, den Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus (Bundesgesetzblatt 1996, Teil I, S. 17). Als Datum für diesen Gedenktag wurde der 27. Januar gewählt, der Tag der Befreiung des Vernichtungs- und Konzentrationslagers Auschwitz durch sowjetische Truppen im Jahre 1945.

Der Bundespräsident bezog das Gedenken auf all jene Menschen, die „einer willkürlich definierten Rasse angehörten oder sonst wie vom willkürlich festgelegten Menschenbild abweichen“. Diese Menschen, jeden Alters, seien den rassistischen Kategorien unentrinnbar ausgeliefert gewesen, und zwar unabhängig von irgendwelchen Verhaltensweisen. Als Beispiele nannte der Bundespräsident, die Unvollständigkeit ausdrücklich betonend: Juden, Sinti und Roma, Schwerstbehinderte, Homosexuelle. Seither wird am 27. Januar an vielen Orten und Stätten in Deutschland ihrer gedacht und an sie erinnert. Besondere Bedeutung hat die alljährlich stattfindende Gedenkveranstaltung im Deutschen Bundestag.

In der medialen Darstellung wird der Gedenktag häufig als „Holocaust-Gedenktag“ bezeichnet. Bundespräsident Herzog selbst führte dazu 1996 aus: „Opfer des Holocaust‘ wäre ein zu enger Begriff gewesen, weil die nationalsozialistische Rassenpolitik mehr Menschen betroffen hat als die Juden.“ Der Bundespräsident beschränkte hier den Begriff „Holocaust“ also auf den Versuch, die Ermordung der europäischen Juden im Herrschaftsbereich der Nationalsozialisten begrifflich fassen zu wollen.

Ursprünglich ist „holocaust“ ein religiöser Begriff und bedeutet „Brandopfer“. In den griechischen bzw. lateinischen Texten wurde für ein solches Brandopfer das Wort „holocau(s)tos“ bzw. „holocaustum“ verwendet. Bei den Übertragungen ins Englische hieß es dann „holocaust“. Daneben findet sich bereits in der frühen Neuzeit in der englischen Literatur eine gewandelte Bedeutung von „holocaust“, und zwar im Sinne der Vernichtung einer Vielzahl von Menschen oder großer Sachwerte durch Feuer. „Holocaust“ war im Englischen also lange vor den Mordtaten des NS-Regimes ein Begriff, mit dem eine Massenvernichtung menschlichen Lebens begrifflich gefasst wurde, beispielsweise im Zusammenhang mit kriegsgerichtlichen Handlungen oder als Synonym für „Massaker“.

Das Wort „holocaust“ dürfte dem deutschen Fernsehpublikum weitgehend unbekannt gewesen sein, als im Januar 1979 an vier Abenden ein mehrteiliger US-amerikanischer Fernsehfilm mit dem Titel „Holocaust“ gesendet wurde. Thema des Films ist das Schicksal deutscher Juden während der NS-Zeit, verdichtet dargestellt am Beispiel der Arztfamilie Weiss. Der Film wurde zu einem Meilenstein für die Erinnerung an die Vernichtung der Juden. War bis zu jenem Zeitpunkt zur Kennzeichnung für den Mord an den europäischen Juden überwiegend das Wort „Endlösung“ verwendet worden, so ersetzte in der Folgezeit „Holocaust“ zunehmend diesen aus dem NS-Amtsdeutsch stammenden und der Verschleierung dienenden Begriff.

Im Judentum wird im Allgemeinen der Begriff „Shoa“ (auch: „Schoa“ oder „Shoah“) verwendet. „Shoa“ bedeutet „Unheil“ oder „große Katastrophe“. 1951 wurde in Israel ein „Shoa-Tag“ (Jom haShoah) als Gedenktag für die jüdischen Opfer des NS-Regimes und als säkularer staatlicher Feiertag eingeführt. Zeitlich wird mit dem „Shoa-Tag“ an den Aufstand im Warschauer Ghetto erinnert, der am 19. April 1943 begann. Da der Tag nach dem jüdischen Kalender ausgerichtet wird, fällt er nach dem gregorianischen Kalender auf verschiedene Daten.

Am 1. November 2005 erklärte die Generalversammlung der Vereinten Nationen den 27. Januar zum internationalen „Holocaust Remembrance Day“. In der entsprechenden Resolution (A/RES/60/7) findet sich – eher indirekt – an einer Stelle eine Erläuterung zu „Holocaust“. Es wird nämlich die Hoffnung ausgesprochen, „dass der Holocaust, bei dem ein Drittel

des jüdischen Volkes sowie zahllose Angehörige anderer Minderheiten ermordet wurden, auf alle Zeiten allen Menschen als Warnung vor den Gefahren von Hass, Intoleranz, Rassismus und Vorurteil dienen wird“. Es bleibt unklar, wer mit der Wendung „Angehörige anderer Minderheiten“ gemeint ist, wahrscheinlich aber eher ethnische Gruppen und nicht die Opfer im Sinne eines „sozialen Rassismus“.

Es gibt bislang keine Untersuchungen darüber, mit welchen Vorstellungen die Menschen im deutschsprachigen Raum den Begriff „Holocaust“ überwiegend verknüpfen. Würde damit das Großverbrechen an den europäischen Juden gemeint sein, so wäre es, wie auch von Roman Herzog 1996 gesehen, nicht sinnvoll, mit Blick auf den Gedenktag 27. Januar von einem „Holocaust-Gedenktag“ zu sprechen. Sollen mit dem Begriff „Holocaust“ jedoch alle rassistischen Verbrechen der Nationalsozialisten erfasst werden, was im Deutschen eine weithin neue Bedeutung sein würde, so ließe sich die Bezeichnung rechtfertigen.

Im Folgenden werden Opfergruppen des NS-Rassismus vorgestellt – jene, die von Roman Herzog benannt wurden, ergänzt um Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter sowie um nicht angepasste Jugendliche. Nicht zuletzt angeregt durch den Gedenktag 27. Januar hat sich die Erinnerungskultur in der Bundesrepublik Deutschland seit den 1990er Jahren auch diesen Opfergruppen zugewendet, häufig erstmals und in örtlichen Initiativen. Dabei entstand eine Kultur von „Gegen-Monumenten“, also von Denk- oder Mahnzeichen, die bewusst den Opfern geschichtlicher Geschehnisse gewidmet sind, was mit ausgewählten Beispielen veranschaulicht werden soll.

Rassistische Gesinnung

Wie konnte es geschehen, dass sich während der NS-Herrschaft in Deutschland die Stabilität moralischer Grundsätze auch in großen Teilen der Eliten gänzlich auflöste und Morde, Freiheitsberaubungen sowie körperliche und seelische Verletzungen gegen schuld- und wehrlose Menschen gerechtfertigt, organisiert und durchgeführt werden konnten? Wodurch wurde es möglich, dass das Deutsche Reich, namentlich in Ost-europa, einen blindwütigen Vernichtungskrieg führte, in dem allein in Polen 5,5 Millionen und in der Sowjetunion etwa 18 Millionen Zivilisten (jeweils einschließlich der ermordeten Juden) umgebracht wurden?

Der Versuch, sich einer Antwort auf diese Frage anzunähern, muss die rassistische Weltsicht der NS-Ideologie in den Blick nehmen, die in einem unheilvollen Traditionsstrang abendländischen „Denkens“ stand. Der eine Grundsatz dieser Ideologie war die Zurückweisung der Werte der Aufklärung, also die Leugnung der Ideen von dem Lebens- und Freiheitsanspruch eines jeden Einzelnen sowie von der Würde und der Gleichheit aller Menschen. Die NS-Rassenlehre behauptete hingegen eine „rassen“-bedingte Ungleichheit der Menschen sowie deren Unterscheidung in „Höherwertige“ und „Minderwertige“. Damit war die These verknüpft, aus dieser Ungleichheit ließen sich unterschiedliche Lebensrechte ableiten. Die Nationalsozialisten maßten sich an – wie Rassisten im Allgemeinen –, über die entsprechenden Zuordnungen von Menschen, ja von ganzen Völkern befinden zu dürfen, wobei sich die Anhänger rassistischer Lehren denkwürdigerweise selbst immer den „Höherwertigen“ zurechnen. Typisch für eine rassistische Sicht auf die Gesellschaft ist zudem der Anspruch, bestimmen zu dürfen, wer sich legitimerweise dem eigenen Volk zugehörig fühlen und als Mitglied dieses Volkes gelten darf.

Mithin hatte der NS-Rassismus zwei Handlungsfelder: Zum einen lässt sich von einem „ethnischen Rassismus“ sprechen, der sich gegen angeblich „Artfremde“, „Fremdrassige“ oder „Fremdvölkische“ richtete, die als „rassisch minderwertig“ eingeordnet wurden. Zu diesen zählten grundsätzlich Juden, egal welchem Staatsvolk sie tatsächlich und zumeist seit

vielen Generationen angehörten. Den „rassisch Minderwertigen“ zugeordnet wurden weiter Roma und Sinti sowie die meisten Angehörigen osteuropäischer Völker, die Slawen.

Zum anderen gab es einen „sozialen Rassismus“, der sich ohne Weiteres gegen Menschen der eigenen – selbstdefinierten – „nordischen Rasse“ richten konnte, wenn diese Menschen beispielsweise aufgrund ihrer Lebensführung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres körperlichen oder geistigen Zustandes dem Bild des „nordischen Herrenmenschen“ nicht entsprachen. Diese Menschen waren zwar nicht „artfremd“ oder „fremdrassig“, sie galten allerdings als „rassisch entartet“. Im Übrigen hatte grundsätzlich kein „Deutschblütiger“ angesichts der wie auch immer festgelegten Interessen der „Volksgemeinschaft“ ein Recht auf eine individuelle Existenz, und zwar weder hinsichtlich seiner persönlichen Lebensgestaltung noch hinsichtlich seines Lebensrechtes – eine Auffassung, die in der Parole „Du bist nichts – Dein Volk ist alles“ auf einen kurzen Nenner gebracht wurde.

Mit der rassistischen Weltsicht verknüpft waren sozialdarwinistische Denkbilder. Danach gäbe es zwischen „Rassen“ und Völkern und innerhalb menschlicher Gruppen einen „Kampf ums Dasein“, in dem der „Stärkere“ seine Ansprüche gegen den „Schwächeren“ durchsetzen dürfe und müsse. Wann sich diese Notwendigkeit einstellen würde, läge im Ermessen des „Starken“. Alles Schwache gelte es „auszumerzen“, um die „nordische Rasse“ durch Auslese und Menschenzucht aufwerten zu können. Zudem sei es dem deutschen „Herrenvolk“ erlaubt, sich unter Verdrängung und Vernichtung von Abermillionen „Untermenschen“ in Osteuropa „Lebensraum“ zu sichern. Hass, Brutalität und Fanatismus bei der Verfolgung dieser Ziele wurden als positive Werte propagiert. In der politischen Propaganda, in Literatur und Filmen, die große Teile der deutschen Bevölkerung erreichten, wurden die als „minderwertig“ stigmatisierten Menschen mit Schädlingen und Unrat gleichgesetzt bzw. als „unnütz“ oder „lebensunwert“ dargestellt, um so Vernichtungs-Assoziationen zu befördern.

Gemäß der NS-Ideologie war es also unbestritten, das Leben oder das Lebensglück anderer Menschen zerstören zu dürfen. Das Töten von Menschen, Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit sowie Unterdrückung und Ausbeutung galten nicht allein als zulässig, sie waren sogar gefordert, wenn es einem – ebenfalls rassistisch verstandenen und einseitig festgelegten – „höheren Wohl“ der „Volksgemeinschaft“ und des deutschen „Herrenvolkes“ diene. Im Lebenskampf sei „Härte“ gefordert und Mitgefühl ein Relikt „jüdischer Moral“.

Allen Personen, die an den rassistischen Massenmorden in der NS-Zeit direkt wie indirekt beteiligt waren, wurde suggeriert, einerseits zwar zu einer außergewöhnlichen Gruppe von Menschen zu gehören, eben wie alle „Deutschblütigen“ zu „Herrenmenschen“, andererseits aber doch lediglich Erfüllungsgehilfen in einem angeblich außerordentlichen geschichtlichen Geschehen zu sein und keine aus persönlichem Antrieb handelnden Personen. Somit war es vielen Beteiligten möglich, die Frage nach einer individuellen Verantwortung für die Beteiligung an Massenmorden gegen Zivilpersonen jeden Alters und Geschlechts oder gegen andere wehrlose Menschen, zum Beispiel sowjetische Kriegsgefangene, von ihrer eigenen Person abzuspalten.

Die aggressiven rassistischen Denkbilder und unkomplizierten Deutungsmuster für das geschichtliche Geschehen fanden ihren Widerhall in einer Gesellschaft, in der die Menschen durch die Niederlage im Ersten Weltkrieg und den Zusammenbruch der autoritären Monarchie in ihrem Selbstwertgefühl nachhaltig erschüttert worden waren. Hatte doch bereits im Kaiserreich die Idee vom „deutschen Herrenmenschen“ zur Selbstdefinition großer Bevölkerungsteile gehört. Viele Menschen waren durch die Kriegserfahrungen innerlich verroht und weite Kreise der Eliten antidemokratisch gesinnt. Die wirtschaftlichen Krisen der Weimarer Republik verschärften die emotionale und materielle Verunsicherung bei Millionen Menschen. In diese Gefühlslage trafen die Bedeutung und Größe verheißenden rassistischen Parolen der Nationalsozialisten.

Abkehr von den „Lehren von der Gleichheit aller Menschen“

Vorbemerkung: Das „Reichsbürgergesetz“ von 1935 war ein Bestandteil der sogenannten Nürnberger Gesetze, mit denen u. a. die Rechtsgleichheit jüdischer Bürgerinnen und Bürger aufgehoben wurde. Später wurden die Regelungen auch auf die „Zigeuner“ übertragen.

„Kein nach der nationalsozialistischen Revolution erlassenes Gesetz ist eine so vollkommene Abkehr von der Geisteshaltung und der Staatsauffassung des vergangenen Jahrhunderts wie das Reichsbürgergesetz. Den Lehren von der Gleichheit aller Menschen und von der grundsätzlich unbeschränkten Freiheit des einzelnen gegenüber dem Staate setzt der Nationalsozialismus hier die harten, aber notwendigen Erkenntnisse von der naturgesetzlichen Ungleichheit und Verschiedenartigkeit der Menschen entgegen. Aus der Verschiedenartigkeit der Rassen, Völker und Menschen folgen zwangsläufig Unterscheidungen in den Rechten und Pflichten der einzelnen.“

Aus dem Kommentar zum „Reichsbürgergesetz“ von Wilhelm Stuckart und Hans Globke, München/Berlin 1936, S. 24f.

Literaturhinweise und Internetadressen

Angesichts der Fülle von Publikationen zu Themen des Nationalsozialismus ist eine Auswahl kaum noch zufriedenstellend zu leisten. Andererseits ist selbst wichtige Literatur häufig vergriffen. Hier empfiehlt sich der in der Regel erfolgreiche Versuch einer Beschaffung über Antiquariate (www.zvab.de). Auch in öffentlichen Bibliotheken finden sich häufig noch ältere Publikationen.

Knappe Einführungen zu allen relevanten Gesichtspunkten zum Nationalsozialismus und zur NS-Herrschaft bieten die Internetseiten des Deutschen Historischen Museums: www.dhm.de. Generell ist das Internet unentbehrlich für die Orientierung über lokale und regionale Themen zur NS-Zeit, namentlich über die Praxis der rassistischen und politischen Verfolgung. Allein die Angabe eines Ortes und eines weiteren Stichwortes ist zumeist zielführend.

Im Folgenden eine exemplarische Zusammenstellung weiterführender Informationsquellen:

Erinnerungskultur

Ahlheim, Klaus: Erinnern und Aufklären – Interventionen zur historisch-politischen Bildung, Hannover 2009, 156 S.

Bundeszentrale für politische Bildung: Reihe „Informationen zur politischen Bildung“: Nr. 271, „Vourteile“, überarb. Neuauflage 2005 (PDF unter www.bpb.de/izpb). Dies.: Dossier Geschichte und Erinnerung 2008 (unter www.bpb.de/themen/DU8MZJ000Geschichte_und_Erinnerung.html)

Jureit, Ulrike / Schneider, Christian: Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung (bpb-Schriftenreihe Bd. 1102), Stuttgart 2010, 253 S.

Reichel, Peter: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, 2., aktual. u. überarb. Aufl., München 2007, 266 S.

Thimm, Barbara u. a. (Hg.): Verunsichernde Orte. Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik, Frankfurt a. M. 2010, 208 S.

Young, James E.: Formen des Erinnerns. Gedenkstätten des Holocaust, Wien 1997, 576 S.

www.politische-bildung.de/apps_politische_bildung.html

www.lernen-aus-der-geschichte.de

www.zukunft-braucht-erinnerung.de

www.annefrank.org/en/subsites/annefranketree
(Der Anne-Frank-Baum: ein interaktives Denkmal)

www.memoryloops.net

(300 Tonspuren zu Orten des NS-Terrors in München 1933-1945)

www.zug-der-erinnerung.eu

www.stolpersteine.com

Rassistische Gesinnung

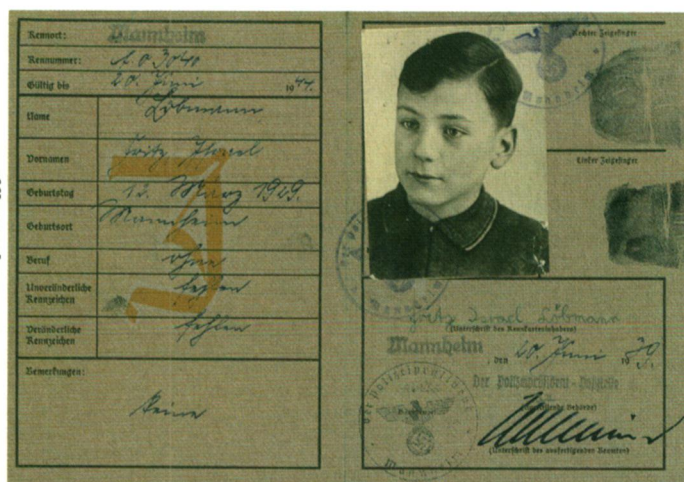
Raphael Gross: Anständig geblieben. Nationalsozialistische Moral (bpb-Schriftenreihe Bd. 1103), Frankfurt a. M. 2010, 288 S.



Archiv Jochheim

Zu den Instrumenten des NS-Rassismus gehörte die Stigmatisierung der politisch und rassistisch verfolgten Menschen durch eine äußere Kennzeichnung. Dies geschah zunächst in den Konzentrationslagern. Das bekannteste der Zeichen, der sogenannte Judenstern, gehörte zu jenen, die auch öffentlich zu tragen waren. Dabei handelte es sich, selbstverständlich ohne das Wort „Jude“, um ein religiöses Symbol des Judentums, den Davidstern, einen Sechsstern (Hexagramm). Die Abbildung zeigt ein Stück des Stoffes, aus dem die Sterne herausgeschnitten wurden.

Juden mussten das Zeichen kaufen – es kostete zehn Pfennige, ein zweites 20 Pfennige – und dabei folgende Erklärung unterschreiben: „Ich verpflichte mich, das Kennzeichen sorgfältig und pfleglich zu behandeln und bei seinem Aufnähen auf das Kleidungsstück den über das Kennzeichen hinausragenden Stoffrand umzuschlagen.“ Das Tragen des „Judensterns“ – er hatte einen Durchmesser von neun Zentimetern – war unter Androhung schwerster Bestrafung bei Nichtbefolgung für Juden in Deutschland vom 19. September 1941 ab Pflicht, für jüdische Kinder vom 6. Lebensjahr an. Danach galt das ebenso für die jüdische Bevölkerung in den besetzten Gebieten. Ab 13. März 1942 wurden im Deutschen Reich zudem Wohnungen, in denen noch Juden lebten, mit einem Stern gekennzeichnet.



Generallandesarchiv Karlsruhe 480 Nr. 14931

Der Ausweis des zehnjährigen Fritz Löbmann: Ausweise für Juden waren außen wie innen mit einem großen Buchstaben „J“ versehen. Seit dem Januar 1939 musste Fritz wie alle männlichen Juden als zweiten Vornamen den Namen „Israel“ führen. Für Frauen und Mädchen war dies der Name „Sara“.

Ausgewählte Opfergruppen

Juden

Das Verbrechen an den europäischen Juden hatte, bedingt durch den jeweiligen Einflussbereich der NS-Herrschaft, zwei Schwerpunkte: zum einen die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland bis zur ersten Kriegsphase 1939/1940, zum anderen – mit der Ausweitung des deutschen Machtbereichs infolge des Krieges – die Ermordung der Juden aus den besetzten Gebieten Europas, wobei die noch in Deutschland verbliebenen Juden in die von den Nationalsozialisten so bezeichnete „Endlösung“ einbezogen wurden.

Die NS-Propaganda war von Anbeginn – in Hitlers Agitationsreden bereits seit 1919 – hemmungslos judenfeindlich. Juden wurden zum Hauptfeind der „nordischen Rasse“ erklärt und mussten als Sündenböcke schlechthin herhalten. Nachdem die Nationalsozialisten die Regierungsgewalt in Deutschland übernommen hatten, setzten die antijüdischen Maßnahmen ein. Ihr Ziel war die Isolierung, Verdrängung und Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung. Deren Zahl betrug 1933 in Deutschland wenig mehr als 500 000 Personen; ein Drittel lebte in Berlin. Die judenfeindlichen Regelungen des NS-Regimes wurden in vielen gesellschaftlichen Bereichen durch eigenmächtige Initiativen aus der Bevölkerung unterstützt.

Das gilt auch für das Schulwesen. So wird für jüdische Kinder, als immer größere Teile der Lehrerschaft ihre Unterstützung des NS-Regimes bekunden, der Besuch von öffentlichen Schulen zu einem Spießrutenlaufen. Sie sind den judenfeindlichen Einstellungen vieler Lehrer und Lehrerinnen wie auch der Hetze von Mitschülern ausgesetzt: Boshaftigkeiten, Gemeinheiten, Diskriminierungen sind Juden gegenüber schließlich erlaubt. Viele jüdische Kinder werden in jüdische Privatschulen umgeschult. Andere besuchen von vornherein jüdische Bildungseinrichtungen, so auch der im März 1929 in Mannheim geborene Fritz Löbmann. Seine Schule ist baulich mit der Synagoge verbunden. Wie diese wird das Schulgebäude während des von den Nationalsozialisten organisierten Pogroms in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 zerstört. Die Lebenssituation der jüdischen Kinder in Mannheim wie an anderen Orten wird zudem dadurch immer stärker belastet, dass zunehmend jüdische Kinder und Jugendliche mit ihren Eltern emigrieren und die Zurückbleibenden daher weniger Kontakte zu Gleichaltrigen haben. In Mannheim leben 1940 nur noch 2000 von ursprünglich über 6000 Juden.

Aufgrund einer Initiative der NS-Führer („Gauleiter“) in Südwestdeutschland werden am 22. Oktober 1940 alle noch in Baden, der Pfalz und im Saargebiet lebenden jüdischen Frauen, Männer und Kinder innerhalb weniger Stunden in zentrale Sammellager gebracht und von dort in den Ort Gurs am Rande der Pyrenäen im zu jenem Zeitpunkt noch nicht besetzten Frankreich. Zu diesen 6504 Menschen gehört auch die Familie Löbmann.

Das Barackenlager in Gurs hatte einmal zur Internierung von spanischen Bürgerkriegsflüchtlingen gedient. Die baulichen und hygienischen Zustände dort sind extrem lebensfeindlich. Ab August 1942 werden die Überlebenden in Vernichtungslager, zumeist nach Auschwitz, deportiert. Einer jüdischen Kinderhilfsorganisation gelingt es, Fritz und einen Vetter aus dem Lager zu holen und in Kinderheimen zu verstecken, bis zum Frühjahr 1944. Vermutlich im April 1944 wird Fritz in Auschwitz umgebracht. Aus der Familie überlebt nur der Vater den NS-Terror.

Das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau steht heute als Symbol für den Mord an den europäischen Juden: für das durchorganisierte Töten in Gaskammern, in „Menschen-Tötungs-Anlagen“, wie es der Kommandant von Auschwitz, Rudolf Höß, formuliert hat, sowie für die „Vernichtung durch Arbeit“. Im allgemeinen Bewusstsein ist häufig nicht deutlich genug, dass sich der Massenmord an den Juden noch in anderen Formen und an zahllosen anderen Orten vollzog. So gab es weitere Vernichtungslager (z. B. Treblinka, Sobibor oder Belzec), in denen insgesamt mehr

Juden (etwa 1,7 Mio.) als in Auschwitz (etwa 1 Mio.) umgebracht worden sind. Zudem starben Juden zu Hunderttausenden an Erschöpfung, Hunger, Krankheiten und Seuchen auf Deportationen sowie in den Arbeitslagern und Getto-Gefängnissen, die von den Deutschen in den besetzten Gebieten Osteuropas errichtet worden waren. Einen erheblichen Anteil am Judenmord hatten schließlich die Männer der „Einsatzgruppen“ und der „Ordnungspolizei“, die ihre Opfer – vom Säugling bis zum Greis – weitgehend mit Handfeuerwaffen getötet haben.

Seit den Nürnberger Prozessen existieren Einschätzungen über die Zahl der während der NS-Herrschaft ermordeten Juden in Europa. Als besonders zuverlässig gelten heute nach Auswertung der lange Zeit nicht zugänglichen sowjetischen Archive die Angaben, die Wolfgang Benz 1996 in seinem Buch „Dimensionen des Völkermordes“ dargelegt hat:

Belgien	28 518	Niederlande	102 000
Bulgarien	11 393	Norwegen	758
Dänemark	116	Österreich	65 900
Deutschland	165 000	Polen	2 700 000
Frankreich	76 134	Rumänien	211 214
Griechenland	59 185	Sowjetunion	2 100 000
Italien	6513	Tschechoslowakei	143 000
Jugoslawien	60 000-65 000	Ungarn	550 000
Luxemburg	1200		

Die Zahl der ermordeten Juden beträgt demnach über sechs Millionen, davon etwa 1,5 Millionen Kinder. Allein die geografische Dimension, die mit den Angaben deutlich wird, dokumentiert, welch ein organisatorischer Aufwand mit dem Judenmord verknüpft gewesen ist. Reichsbahn, Gestapo (Geheime Staatspolizei), Militär, Polizei, Ministerien, Finanzämter, statistische Ämter, örtliche Behörden – überall waren Menschen tätig, die durch ihre „normale“ Arbeit einen Beitrag zur „Endlösung“ leisteten, direkt wie indirekt.

Literaturhinweise und Internetadressen

Bajohr, Frank / Pohl, Dieter: Der Holocaust als offenes Geheimnis, München 2006, 156 S.
Friedländer, Saul: Das Dritte Reich und die Juden, München 2007, 1317 S.

Hilberg, Raul: Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933-1945, Frankfurt a. M. 2003, 368 S.

Pohl, Dieter: Verfolgung und Massenmord in der NS-Zeit 1933-1945, 3., bibliogr. aktual. Aufl., Darmstadt 2010, 167 S.

Schwarz, Christoph: Verfolgte Kinder und Jugendliche aus Baden-Württemberg 1933-1945, Konstanz 2007, 262 S.

www.politische-bildung.de/holocaust.html

www.mahnmal-projekt.de

Das „Ökumenische Jugendprojekt Mahnmal“ in Baden – Erinnerungsarbeit in einer Region

Angesichts der Deportation von Juden aus Südwestdeutschland im Oktober 1940 nach Gurs entstanden Jahrzehnte später in Baden verschiedene Aktivitäten zur Erinnerung an das Geschehen. So wurden im Jahr 2000, zum 60. Jahrestag der Deportationen, in einigen badischen Städten Erinnerungszeichen in Gestalt von Verkehrsschildern, von Wegweisern, errichtet. Sie haben die Aufschrift „Gurs“ und eine Entfernungsangabe.



Ein scheinbares Verkehrsschild in Freiburg als Erinnerungszeichen

In der Folge entstanden in Baden, getragen von den Jugendeinrichtungen der beiden christlichen Großkirchen, Initiativen mit dem Ziel, die jeweilige lokale Geschichte des Judentums und das Schicksal der jüdischen Einwohner während der NS-Zeit aufzuarbeiten. Aus 137 badischen Gemeinden waren 1940 jüdische Menschen deportiert worden. In einem Teilprojekt gestalteten Jugendliche mit der Unterstützung von Bildhauern und Bildhauerinnen Denkzeichen, und zwar in jeder Gemeinde zwei. Eines der beiden Zeichen wurde bzw. wird in der Gemeinde aufgestellt, das zweite ergänzt ein zentrales Mahnmal für den badischen Raum, das seit 2005 auf dem Gelände der Evangelischen Jugendbildungsstätte in Neckarzimmern entsteht (siehe unten).

Der Raum dieses Mahnmals wird durch einen mit Betonstreifen in den Boden eingelassenen Davidstern mit einer Seitenlänge von 25 Metern gebildet. Auf den Betonstreifen stehen die Duplikate der in den Gemeinden geschaffenen Skulpturen. Seit dem Beginn dieses Jugendprojekts wurden bis zum Oktober 2012 Erinnerungszeichen aus 105 Orten Badens in Neckarzimmern aufgestellt. Das Projekt gilt als beendet, wenn Zeichen aus allen 138 Orten errichtet sein werden.





Die Kennzeichnung der Sinti und Roma war uneinheitlich. Nach der NS-Rassenlehre galten die meisten von ihnen als „Zigeunermischlinge“. In KZs mussten sie wie die sogenannten Asozialen (siehe S. 10) einen „Schwarzen Winkel“ tragen. In verschiedenen Gebieten Ost- und Südosteuropas findet sich als Kennzeichnung der Buchstabe „Z“. Im KZ Auschwitz wurde der auf den Arm tätowierten Gefangenen-Nummer der Buchstabe „Z“ vorangestellt.

„Kriminalbiologische“ Erfassung der Sinti und Roma



Für die Erstellung eines „Zigeunersippenarchivs“ wurden alle im Reichsgebiet lebenden Sinti und Roma erkennungsdienstlich behandelt und „rassisch“ begutachtet.

546

Rassenhygienische Forschungsstelle
Des Reichsgesundheitsamtes
Leiter: Dr. phil., Dr. med. habil. R. Ritter

Durchgeführt 310

Berlin-Dahlem, den 30. August 1941
Unter den Eichen 88-84

Nr. 3832

Gutachtliche Äußerung.

Auf Grund der Unterlagen, die sich in dem Zigeunersippenarchiv der Forschungsstelle befinden, wird als Ergebnis der bisher durchgeführten rassenkundlichen Sippenuntersuchungen

für führt

Die Rassen diagnose: Zigeuner („Röm“ aus Ungarn) Gelderari

gestellt.

Obige(r) „Röm“-Zigeuner(in) gehört einem Händlerschlag an, welcher bestimmte rassistische Merkmale mit den Juden gemeinsam hat.

Verh. mit St. geb. 28.3.

Die Halbwelt-Zigeuner gehören zu dem großen Stamm der Röm-Zigeuner. Sie kommen von Stiefelherfamilien aus dem Weilen ab und unterscheiden sich von den übrigen Röm-Zigeunern durch besonders unheimliche Wesensmerkmale.

woluh.u. erf./ Neumünster

Evak.

7 Das Zigeunersippenarchiv wurde im Auftrag und mit Mitteln des Reichsgesundheitsamtes für Volksgesundheitsschutz angelegt.

Dr. Ritter

Eines der von der „Rassenhygienischen Forschungsstelle“ erstellten „Rassegutachten“ (Name ausgeschnitten). Die „Begutachtung“ verlief häufig unter Androhung von Gewalt und Polizeihaft. Bereits in dem vorgedruckten Text werden gemeinsame „rassische Merkmale“ von Roma mit Juden behauptet. Ein derartiges „Gutachten“ hatte tödliche Konsequenzen. Denn links unten ist mit dem Kürzel „Evak.“ (= Evakuierung) eine Deportation in ein KZ festgelegt.

Sinti und Roma

Roma (Singular: Rom = Mensch) ist die Selbstbezeichnung einer Volksgruppe, die vor über 1000 Jahren aus dem Nordwesten Indiens nach Westen abwanderte. Die Sinti sind eine Teilgruppe der Roma und seit Jahrhunderten im deutschsprachigen mitteleuropäischen Raum beheimatet.

In der NS-Propaganda waren Sinti und Roma, von den Nationalsozialisten durchaus dem Zeitgeist gemäß mit diskriminierender Absicht als „Zigeuner“ bezeichnet, zunächst kaum ein Thema in der rassistischen Wahrnehmung. Das mag unter anderem daran gelegen haben, dass sie gesellschaftlich keine solche Bedeutung hatten wie Teile der jüdischen Bevölkerung, die das Bürgertum in Deutschland oft seit Generationen mitprägte. Sinti und Roma waren fast ausschließlich Angehörige der Unterschicht und bekleideten keine öffentlichen Ämter. Die Sinti waren ausnahmslos katholisch, was auch für die deutschen Roma gilt. In Deutschland lebten 1933 etwa 26 000 „Zigeuner“, mehrheitlich Sinti. Als 1938 Österreich dem NS-Staat angeschlossen wurde, gerieten weitere etwa 11 000 bis 12 000 Roma und Sinti unter die NS-Herrschaft.

Mit den neuen politischen Verhältnissen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten fühlten sich „deutschblütige Volksgenossen“ offenbar zunehmend berufen, bei den Behörden mit Klagen über fahrende „Zigeuner“ vorstellig zu werden. Dabei stand wohl die Absicht im Vordergrund, sie zu kriminalisieren. Auch sahen lokale NS-Funktionäre häufig eine Möglichkeit, sich auf Kosten von Sinti profilieren zu können. Während das NS-Regime den Juden gegenüber ausdrückliche Maßnahmen ergriff, um sie auszugrenzen, erübrigte sich das bei den „Zigeunern“, die längst in eine Außenseiterrolle gedrängt worden waren. Allerdings war zu jenem Zeitpunkt die Mehrheit der Sinti und Roma in Mitteleuropa im Übrigen schon lange sesshaft geworden.

Zu der kleinen Gruppe der fahrenden Sinti gehört die Familie der Mitte der 1920er Jahre geborenen Ehra. Als am Ende der 1920er Jahre infolge der Wirtschaftskrise die Zahl der Arbeits- und Wohnungslosen rapide anwuchs, entstehen am Rande vieler Großstädte zahllose „wilde“ Siedlungen, so auch in Düsseldorf. In einer dieser Siedlungen auf ungenutztem Militärgelände, im Heinefeld, versuchen auch Sinti-Familien – darunter Ehras Großfamilie – Fuß zu fassen.

In den Jahren 1935 und 1936 wird die Heinefeld-Siedlung nach und nach zwangsweise aufgelöst. Die Bewohner werden zuvor unter dem Gesichtspunkt einer möglichen „Brauchbarkeit“ als „Volksgenossen“ erbbiologisch beurteilt und die „Zigeuner“ der Gruppe der „hoffnungslos asozialen Bewohner“ zugeordnet. Die Behörden weisen etwa 200 Sinti ein neues Lager zu: nicht mehr genutzte Stallgebäude des Militärs am Höherweg. Das Gelände, das ein Polizist mit Hund ständig bewacht, ist eingezäunt. Die Männer werden zu Zwangsarbeiten, beispielsweise beim Straßenbau, eingesetzt.

Ähnliches geschieht in anderen Städten. Die Betroffenen ahnen zu diesem Zeitpunkt nicht, dass sich im Rahmen des NS-Regimes längst aus einem Gemisch von rassistischem Fanatismus, Profilierungs- und Karriere-sucht von Bürokraten, Polizisten und Wissenschaftlern ein institutioneller Komplex gebildet hat, der sich unter anderem die vollständige Erfassung und rassistische „Begutachtung“ der Sinti und Roma zur Aufgabe gemacht hat: zunächst ab 1936 die „Rassenhygienische Forschungsstelle des Reichsgesundheitsamtes“ und seit 1941 ein „Kriminalbiologisches Institut“, das bezeichnenderweise bei der Sicherheitspolizei angesiedelt war. In den Interpretationen der Nürnberger Gesetze werden „Zigeuner“ schlichtweg „rassisch“ den Juden gleichgestellt. Ausschluss aus dem Erwerbsleben, Schulverbote, Wohnungskündigungen und ein Verbot von Wohnungsanmietungen gehen einher mit dem Vorwurf einer biologisch bedingten Neigung zu Kriminalität und „Asozialität“. Von den Maßnahmen, die das NS-Regime gegen sogenannte Asoziale ergreift, sind daher zugleich immer Sinti und Roma betroffen. Bald ist in den NS-Institutionen davon die Rede, dass es eine „Zigeunerfrage“ gleichermaßen wie eine „Judenfrage“ zu lösen gelte.

Als im Mai 1940 aus dem Reichsgebiet 2800 Sinti und Roma in das „Generalgouvernement“ (also nach „Restpolen“, das die Deutschen nach dem

Überfall auf Polen und dessen Zerschlagung als „Nebenland“ betrachteten und ausbeuteten) verschleppt werden, gehört auch Ehra mit etwa 100 weiteren Sinti aus dem Lager am Höherweg zu den Betroffenen. Die Deportierten müssen in Gettos und Konzentrationslagern schwerste Zwangsarbeiten leisten, etwa beim Straßen- und Flugplatzbau, in Steinbrüchen und Fabriken. Infolge eines Erlasses von Heinrich Himmler am 16. Dezember 1942 wird Anfang 1943 im KZ Auschwitz ein „Zigeunerlager“ eingerichtet, in das etwa 23 000 Sinti und Roma aus über zehn europäischen Ländern deportiert werden, circa 11 000 davon aus Deutschland. Der 16. Dezember ist in Deutschland seit 1994 ein nationaler Gedenktag für die Verfolgung der Sinti und Roma durch das NS-Regime. Alljährlich gibt es an diesem Tag eine Gedenkveranstaltung im Bundesrat.

Die Gesamtzahl der während der NS-Herrschaft ermordeten Roma und Sinti kann bis heute lediglich geschätzt werden, da sich in den osteuropäischen Staaten und namentlich in der Sowjetunion nur wenig zuverlässige oder gar keine statistischen Grundlagen über die Roma-Bevölkerung vor der NS-Besatzung finden. Nach den deutschen Quellen starben zumeist bei Massenerschießungen in der Sowjetunion, in Ungarn, Rumänien und Polen etwa 140 000 Roma; in Serbien und Kroatien mordeten die Einsatzgruppen 90 000 Roma. Aus Frankreich und den Beneluxstaaten wurden etwa 20 000 Sinti und Roma in Vernichtungslager in Osteuropa transportiert. Von den rund 37 000 Sinti und Roma, die im Gebiet von „Großdeutschland“ gelebt haben, überlebten mindestens 25 000 die NS-Zeit nicht, davon etwa 9 000 (von 11 000), die aus Österreich stammten. Hinzu kommen Tausende von Ermordeten aus Gebieten, in denen Roma nur in geringerer Zahl gelebt haben, wie Italien oder die baltischen Staaten. Auch kamen Roma in großer Zahl während der Deportationen, in Konzentrations- und Arbeitslagern durch Unterernährung, Krankheiten und Seuchen um. Ausgehend von zurückhaltenden Schätzungen, die zumeist auf statistischen Angaben der zeitgenössischen deutschen Erfassungsämter/Bürokratie beruhen, darf die Annahme, wonach bis zu 500 000 Roma und Sinti während der NS-Zeit ermordet worden sind, als zutreffend gelten. In der Sprache der Roma und Sinti, dem Romani, wurde für diesen Völkermord der Begriff *Porajmos* (auch *Porrajmos*; deutsch: das Verschlingen) geprägt.

Die Verfolgung der Sinti und Roma ist ein aufschlussreiches Beispiel dafür, mit welcher Eigendynamik sich das rassistische Programm im NS-Staat entwickelte. Für die Verfolgung einer Gruppe von gerade einmal 26 000 Menschen (im Deutschen Reich), die lange Zeit überhaupt keine Objekte der Ideologie der NS-Rassentheoretiker gewesen waren, wurde ein sich stets erweiternder administrativer und „wissenschaftlicher“ Aufwand betrieben, der für viele der Beteiligten als ein Arbeitsbeschaffungsprogramm mit besten politischen und beruflichen Karriereaussichten fungierte. Das gilt im Übrigen generell für den „rassistischen Komplex“ der NS-Zeit. Zudem trug die Verfolgung der seit Jahrhunderten diskriminierten „Zigeuner“ ähnlich wie die der Homosexuellen in besonderer Weise dem „gesunden Volksempfinden“ Rechnung und bot Gelegenheit für vielfältige rassistische Initiativen „von unten“.

Literaturhinweise und Internetadressen

Holler, Martin: Der nationalsozialistische Völkermord an den Roma in der besetzten Sowjetunion (1941-1944). Gutachten für das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg 2009, 142 S.

Lewy, Guenter: „Rückkehr nicht erwünscht“. Die Verfolgung der Zigeuner im Dritten Reich, München 2001, 471 S.

Rose, Romani (Hg.): Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma. Eine Dokumentation (Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma), CD-ROM, Heidelberg 2000

Zimmermann, Michael: Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische „Lösung der Zigeunerfrage“, Hamburg 1996, 574 S.

www.sintiundroma.de

<http://gedenkorte.sintiundroma.de>

„Das Sinti-Mädchen Ehra“ oder „Mädchen mit Ball“ – ein Erinnerungszeichen in Düsseldorf



Archiv Jochheim

Ehra hat die Arbeitslager in Osteuropa überlebt. Sie und andere Überlebende bekamen nach Kriegsende in Düsseldorf von den Behörden, wo sie oftmals auf dieselben Beamten trafen wie zur NS-Zeit, erneut das Gelände am Höherweg als Bleibe zugewiesen. Ehra begegnete hier dem Maler Otto Pankok (1893-1966) wieder. Pankok hatte 1931 Kontakte zu den Menschen in der Düsseldorfer „wilden Siedlung“ im Heinefeld gefunden, dabei auch das Mädchen Ehra kennengelernt und es wie viele andere der Sinti gemalt. Leidende Menschen am Rande der Gesellschaft waren das Hauptthema von Pankoks künstlerischer Tätigkeit. Seine empathischen „Zigeunerbilder“ waren für die Nationalsozialisten Grund genug, den Künstler als „entartet“ einzuordnen. Nach 1945 gehörte Pankok – mittlerweile Professor an der Kunstakademie in Düsseldorf (und unter anderem ein Lehrer des Schriftstellers Günter Grass, der zeitweilig dort Grafik und Bildhauerei studierte) – zu den ersten, die versucht haben, in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit für die NS-Verbrechen an den Sinti und Roma zu bewirken.

1955 schuf Pankok nach den Bildern, die er von Ehra angefertigt hatte, die Skulptur „Mädchen mit Ball“. Am 27. Januar 1997, ein Jahr nach der Begründung des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus, wurde ein Bronzeabguss an der neu gestalteten Rheinuferpromenade in Düsseldorf, am Alten Hafen, enthüllt. Eine Tafel neben der 102 Zentimeter hohen Figur erklärt das Standbild zu einem Gedenkort für die ermordeten und diskriminierten Sinti und Roma.



„Hinter Stacheldraht“ – eine Zeichnung Pankoks aus dem Jahre 1937

Eva Pankok, Hünxe-Drevenack



Zu den Zeichen, die in der Öffentlichkeit getragen werden mussten, zählten auch die Kennzeichnungen für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, so das Wort „OST“ für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion oder der Buchstabe „P“ für Polinnen und Polen.



Eine Gruppe von Menschen aus der Sowjetunion, die nach Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppt worden waren, bei ihrer Ankunft im sauerländischen Meinerzhagen am 29. April 1944



Die Vorderseite der Arbeitskarte von Natalie Ponomarenko aus der Sowjetunion. Die Karte wird am 15. Juni 1942 ausgestellt, fünf Tage vor Natalies 15. Geburtstag. Das verschleppte Mädchen muss in der Lackiererei einer Maschinenbau-Fabrik bei Berlin arbeiten, eine extrem gesundheitsbelastende Tätigkeit. Natalies Lungen werden derart geschädigt, dass sie am 12. September 1944 in einem sogenannten Russendurchgangslager in Berlin stirbt. Dorthin wurden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter verlegt, die bis zur Arbeitsunfähigkeit geschunden worden waren und nur noch den Tod zu erwarten hatten.

Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter

Mit dem fortschreitenden Krieg herrschte ein eklatanter Mangel an Arbeitskräften in der deutschen Wirtschaft. Daher hatte das NS-Regime bereits nach dem „Polenfeldzug“ die etwa 300 000 polnischen Kriegsgefangenen als Arbeitskräfte in Deutschland eingesetzt, überwiegend in der Landwirtschaft. Weitere Hunderttausende Polinnen und Polen wurden in der Folgezeit bei regelrechten Menschenjagden eingefangen, so dass schon im Frühsommer 1940 mehr als eine Million Menschen aus Polen im Deutschen Reich zur Zwangsarbeit eingesetzt waren. Nach den „Blitzsiegen“ in West- und Nordeuropa kamen über eine Million französische Kriegsgefangene hinzu und weitere Arbeitskräfte aus den mit Nazi-Deutschland verbündeten Ländern und den besetzten Gebieten, darunter auch in geringer Zahl Freiwillige. Im Frühjahr 1941 betrug die Gesamtzahl ausländischer Arbeitskräfte im Reichsgebiet knapp drei Millionen.

Der Krieg gegen die Sowjetunion verschärfte den Arbeitskräftemangel in der deutschen Kriegswirtschaft weiter. Millionen Männer waren durch die Rekrutierungen aus allen Bereichen der Wirtschaft herausgezogen worden. Darüber hinaus erforderte der sich binnen weniger Monate abzeichnende Abnutzungskrieg im Osten eine nicht vorausgeplante Steigerung insbesondere der Rüstungsproduktion. Nun wurden auch sowjetische Kriegsgefangene und aus der Sowjetunion verschleppte Zivilisten als Arbeitskräfte im Reichsgebiet eingesetzt. Bis dahin hatte die NS-Führung deren Arbeitseinsatz aus rassistischen Erwägungen abgelehnt, da sie fürchtete, dass auf diese Weise in millionenfacher Zahl „rassisch minderwertige Fremdvölkische“ nach Deutschland gelangen würden und möglicherweise die „Blutreinheit“ des deutschen Volkes gefährden könnten. Letztendlich aber wurden die wirtschaftlichen Erfordernisse unabweisbar. Allein aus der Sowjetunion verschleppten die deutschen Arbeitsverwaltungen mit Unterstützung der Wehrmacht innerhalb von 2 ½ Jahren 2,5 Millionen zumeist junge Männer und Frauen zur Zwangsarbeit ins Reichsgebiet, also durchschnittlich mehr als 80 000 Menschen pro Monat.

Ende 1944 betrug die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte im Reichsgebiet knapp acht Millionen. Etwa zwei Millionen waren Kriegsgefangene und sechs Millionen „Zivilarbeiterinnen und Zivilarbeiter“, beinahe ausnahmslos Zwangsverschleppte. Fritz Sauckel, der „Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz“, erklärte zu jenem Zeitpunkt, dass „keine 200 000“ freiwillig nach Deutschland gekommen seien. 2,8 Millionen der Menschen stammten aus der Sowjetunion, 1,7 Millionen aus Polen, gut 1,2 Millionen (weitgehend Kriegsgefangene) aus Frankreich. Mehr als die Hälfte der aus Polen und der Sowjetunion Verschleppten waren Frauen, das Durchschnittsalter lag bei 20 Jahren. Die Arbeitspflicht galt auch für Kinder, anfänglich ab 14, später sogar ab zehn Jahren.

Über ein Viertel aller im Deutschen Reich Beschäftigten waren 1944 Ausländer. Praktisch gab es in jedem Betrieb – vom Großunternehmen bis zum Handwerksbetrieb – Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. In der Landwirtschaft betrug ihr Anteil 46 Prozent, in der Industrie knapp 40 Prozent, davon in der Rüstungsindustrie etwa 50 Prozent. In großer Zahl wurden sie auch im „Luftschutzdienst“ und zum Räumen von Trümmern eingesetzt. Sie waren zudem in allen öffentlichen Dienstleistungseinrichtungen (Verkehrs- wie Versorgungsbetrieben, Müllabfuhr und Straßenreinigung) tätig, ebenso wie in Einrichtungen der beiden christlichen Großkirchen, etwa in Krankenhäusern oder auf Friedhöfen. In über 200 000 Haushalten arbeiteten russische oder polnische Zwangsarbeiterinnen als Dienstkraft. In den Städten und Orten des Deutschen Reiches gab es etwa 20 000 Barackenlager oder andere Massenunterkünfte, allein in Berlin beispielsweise über 1000 Lager mit bis zu 400 000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern. An der Organisation dieses „Ausländer-Einsatzes“ waren rund 500 000 Deutsche direkt beteiligt.

Die Behandlung der gezwungenen Arbeitskräfte, ihre Unterkünfte und ihre Verpflegung unterschieden sich je nach dem Stellenwert, der ihnen als Menschen gemäß der rassistischen NS-Lehre zugeschrieben wurde. So sahen sich „Westarbeiter“ tendenziell besser behandelt als „Ostarbeiter“ und französische Kriegsgefangene besser als sowjetische, die als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, nachdem die NS-Führung im Einvernehmen mit der Wehrmacht bereits etwa 3,3 Millionen von ihnen hatte verhungern lassen. Von den Ostarbeiterinnen und Ostarbeitern sind Zehntausende wegen unzulänglicher Versorgung und bewusster Vernachlässigung im Krankheitsfall umgekommen. Zu Tausenden wurden nicht mehr Arbeitsfähige in den Anlagen der Krankenmorde (siehe S. 11) umgebracht. Bei alliierten Luftangriffen hatten sie zumeist erheblich geringere Schutzmöglichkeiten als die deutsche Bevölkerung. Unabhängig davon, wie viel der Einzelne in Deutschland von den Gewaltverbrechen des NS-Regimes wissen oder nicht wissen konnte, war die Lage der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter für jedermann offen sichtbar. Millionen dieser Menschen gehörten in allen Teilen des Reiches zum Alltag während des Krieges.

Die Zwangsarbeit während der NS-Herrschaft hatte noch andere Erscheinungsformen. Nach dem aktuellen Forschungsstand wurden vom NS-Regime im Reichsgebiet und in den besetzten Gebieten etwa 20 Millionen Menschen zu anhaltenden Arbeitsleistungen gezwungen, beispielsweise alle Gefangenen in den Konzentrations- und Arbeitslagern sowie Juden und Sinti und Roma vor ihrer Deportation und Ermordung. In den besetzten Gebieten wurden Zivilisten – in Osteuropa überwiegend Frauen – in großer Zahl zu Erdarbeiten und dem Bau militärischer Anlagen gezwungen.

Literaturhinweise und Internetadressen

Bergmann, Wolfgang: Der Reichseinsatz. 1993 (DVD)

Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001, 442 S.

Schwarze, Gisela: Kinder, die nicht zählten. Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg, Essen 1997, 336 S.

Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg. Ausstellungskatalog, Weimar 2010

www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit
(Portal zur Zwangsarbeit im NS-Staat)

www.krieggegenkinder.org

(Schicksal der Kinder von Zwangsarbeiterinnen)

www.stiftung-evz.de

(Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“)

www.zwangsarbeiter-s-h.de

Das Gedenken in Waltrop an das Entbindungs- und Abtreibungslager für „Ostarbeiterinnen“

Im Frühjahr 1943 wurde in Holthausen, nahe der Stadt Waltrop, ein Entbindungs- und Abtreibungslager für Zwangsarbeiterinnen aus Osteuropa errichtet. Viele der Frauen waren schwanger, als sie nach Deutschland verschleppt wurden, andere wurden es, zumeist aufgrund der Beziehungen zu Zwangsarbeitern. Die Anlage bestand aus neun Baracken, darunter einer „Strafbaracke“ – mit einem fortwährend sichtbaren Galgen davor –, in der SS-Angehörige die Frauen misshandelten und ermordeten. Das Lager war für „bis zu 500 Personen“ ausgelegt und damit die größte Einrichtung dieser Art im Deutschen Reich. Betreut wurden die Frauen von kriegsgefangenen Ärztinnen der sowjetischen Armee.

Nach den vorhandenen Aufzeichnungen wurden in diesem Lager von polnischen, russischen und ukrainischen Zwangsarbeiterinnen 1273 Kinder geboren. Die Zahl der Abtreibungen ist unbekannt. Vermutlich ist in Waltrop die Hälfte der Neugeborenen gestorben. Allein für Westfalen besagen die (allerdings unvollständigen) Angaben, dass über 1300 Kinder von „Ostarbeiterinnen“ umgekommen sind, in der Regel durch bewusste Unterversorgung.

Mitte der 1990er Jahre wurde die Öffentlichkeit allmählich auf das Geschehene aufmerksam. Am Ort des Lagers entstand ein Mahnzeichen (siehe unten). Unter Anleitung des Bildhauers und Schriftstellers Paul Reding schufen Jugendliche aus dem Bistum Münster aus bearbeiteten Eichenstämmen ein Halbrund aus figürlichen Holzstelen unterschiedlicher Höhe. Die hohen symbolisieren die Frauen, die kleineren die Kinder. Drei liegende Stelen sollen an das mutwillig herbeigeführte Sterben von Neugeborenen erinnern. Auf einige der Stelen ist das Zeichen „OST“ gemalt.

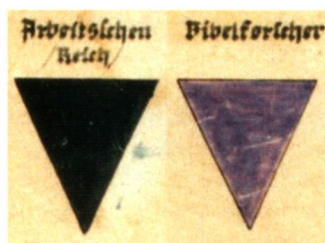


Archiv Paul Reding

In der Fußgängerzone von Waltrop hat Paul Reding diese Erinnerungsstätte durch in den Boden eingelassene Mosaike ergänzt, die stilisierte Kinderkörper zeigen. Namen und Lebensdaten weisen auf die verstorbenen Kinder von „Ostarbeiterinnen“ hin, eine gestalterische Variante der Stolpersteine von Gunter Demnig. Bei letzteren handelt es sich um Pflastersteine, die mit einer Messingplatte versehen sind, in die Informationen über während der NS-Zeit verfolgte Anwohner eingeprägt worden sind.



Dietrich Hackenberg – www.lichtbild.org

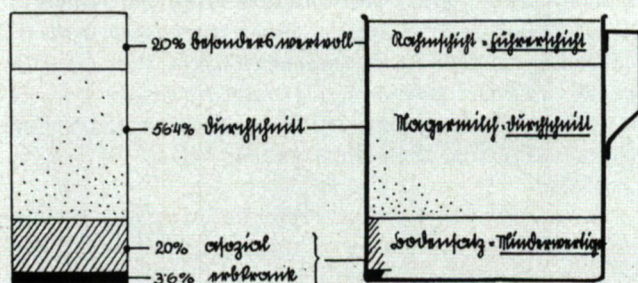


In den KZs mussten sogenannte Asoziale als Kennzeichen einen schwarzen Winkel tragen, Zeugen Jehovas („Bibelforscher“), als glaubensmotivierte Gegner des NS-Staates, einen violetten.

Der Blick der Nationalsozialisten auf das deutsche Volk

In einem Buch mit Unterrichtshilfen für die Schule aus der NS-Zeit* findet sich dieses Schaubild: Das deutsche Volk wird mit dem Inhalt eines Milchtöpfes verglichen.

Zusammensetzung unseres Volkes. Vergleich mit Milchtopf.



Danach gibt es eine Führerschicht, die 20 Prozent der Bevölkerung ausmacht und die als „besonders wertvoll“ bewertet wird. Diese Schicht, bei der es sich offenbar um die überzeugten und aktiven Nationalsozialisten handelt, wird mit der „Rahmschicht“ der Milch verglichen. Als „Bodensatz“ des Milchtöpfes gelten Menschen, die als „asozial“ bzw. als „erbkrank“ gekennzeichnet werden. Hier handelt es sich um die „Minderwertigen“. Sie haben einen Anteil von insgesamt 23,6 Prozent an der Bevölkerung, also von annähernd einem Viertel! Geht man von rund 78 Mio. Einwohnern des „Großdeutschen Reiches“ aus, so wären danach etwa 19 Mio. der Deutschen „minderwertig“ gewesen. (Zum Verständnis von „asozial“ nach der NS-Ideologie siehe die rechte Spalte auf dieser Seite.)

Zwischen der „Führerschicht“ und den „Minderwertigen“ bleibt ein „Durchschnitt“ von 56,4 Prozent Bevölkerungsanteil, der mit der „Magermilch“ verglichen wird, was unzweifelhaft einer Abwertung der Mehrheit der Bevölkerung gleichkommt. Das Schaubild widerspiegelt so auch eine Verachtung gegenüber großen Teilen der Bevölkerung.

*Josef Burgstaller: Erblehre, Rassenkunde und Bevölkerungspolitik: 400 Zeichenskizzen für den Schulgebrauch, Wien 1941, S. 32

„Gemeinschaftsfremde“ und Kranke

Der Begriff „Gemeinschaftsfremde“ wurde in der NS-Zeit gleichbedeutend mit „Asoziale“ verwendet. Die NS-Rassenlehre hatte einen spezifischen Begriff von „asozial“, der auf alle möglichen gegenwärtigen Interpretationen nicht übertragbar ist. So hieß es in den Durchführungsrichtlinien zu einem Erlass über „Vorbeugende Verbrechensbekämpfung“ vom 14. Dezember 1937: „Als asozial gilt, wer durch gemeinschaftswidriges, wenn auch nicht verbrecherisches Verhalten zeigt, dass er sich nicht in die Gemeinschaft einfügen will. Danach sind z. B. asozial: a) Personen die [...] sich der in einem nationalsozialistischen Staat selbstverständlichen Ordnung nicht fügen wollen [...]“. „Asozial“ war demnach ein Mensch, der in seinem Verhalten dem nationalsozialistischen Menschenbild nicht entsprach. Das ließ in der Praxis beliebige und willkürliche Verwendungen des Begriffs zu.

Die Zeugen Jehovas oder „Bibelforscher“ wurden unter anderem wegen der Verweigerung des Hitlergrußes und der Mitgliedschaft in NS-Zwangskörperschaften sowie des Bekenntnisses zur Kriegsdienstverweigerung von den Nationalsozialisten verfolgt.

Was haben nun „Gemeinschaftsfremde“ und Kranke mit erblichen Belastungen – um diese sollte es sich vorgeblich handeln – gemeinsam? Sie galten als „minderwertig“, gleichsam als gesellschaftlicher „Bodensatz“, wie es das Schaubild links aufzeigt. Damit ist ein Aspekt der rassistischen Gesellschaftspolitik des NS-Staates angesprochen: Der „Volkskörper“ sollte von allen „kranken“ und „asozialen Elementen“ gereinigt werden. Die Nationalsozialisten schufen die rassistische Kategorie des „unnützen Menschen“ und gossen sie in Gesetze und Verordnungen. Die schwerwiegendsten Maßnahmen dieser „Rassenhygiene“: „polizeiliche Vorbeugehaft“, also praktisch die (unter anderem hinsichtlich ihrer Dauer) willkürliche Gefangenschaft in einem KZ und damit eine mögliche „Vernichtung durch Arbeit“, weiter „freiwillige“ Sterilisation, Zwangssterilisation, „Gnadentod“. Über diesem Programm stand der Begriff „Ausmerze“ mit dem zugehörigen Verb „ausmerzen“. 1934 erläuterte der Rechtschreib-Duden das Wort „ausmerzen“ mit „als unbrauchbar aussondern“.

Zwangssterilisation: Im 20. Jahrhundert wurde in vielen Staaten propagiert und auch praktiziert, dass sich Menschen mit krankhaften erblichen Belastungen sterilisieren lassen sollten. Das geschah durch eine operative Unterbrechung des Samenleiters bzw. des Eileiters. In Deutschland trat ein entsprechendes Gesetz zum 1. Januar 1934 in Kraft, das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“. Kern des Gesetzes war die Regelung einer Zwangssterilisation von Menschen mit (nach damaligem Kenntnisstand) gravierenden Erbkrankheiten.

In der Praxis wurden auf der Grundlage des Gesetzes in großer Zahl Menschen zwangssterilisiert, die körperlich vollkommen gesund waren. Das Gesetz geriet nämlich, wie das Beispiel des Mädchens Marianne zeigt (Nebenseite oben), weitgehend zu einem Instrument der Verfolgung von „rassisch Entarteten“ bzw. „Gemeinschaftsfremden“, pauschal also von „Asozialen“ nach dem Verständnis der rassistisch geprägten Volksgemeinschaftsideologie. Dabei half der Umstand, dass Diagnosen wie „Geisteschwäche“, „Schizophrenie“ oder „schwerer Alkoholismus“ erhebliche Interpretationsspielräume zuließen. Zudem erfanden die Rassisten weitere angeblich erbliche Merkmale, die bewusst auf die Erfassung gesellschaftlicher Außenseiter gerichtet waren, nämlich „moralischer Schwachsinn“ bzw. „sozialer Schwachsinn“. Betroffen waren unter anderem Mitglieder von Großfamilien der Unterschichten, ledige Mütter, lernbehinderte Kinder (Sonderschülerinnen und Sonderschüler, damals „Hilfsschüler“ genannt), weiter Bettler, Wohnungslose, Fürsorgezöglinge und Vorbestrafte. Den zuletzt Genannten drohte darüber hinaus als „Asozialen“ die Einweisung in ein KZ.

Während der NS-Herrschaft wurden ungefähr 400 000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene zwangssterilisiert, etwa je zur Hälfte weibliche und männliche Personen. Im Zusammenhang mit den Eingriffen starben 5000 Menschen, zu 90 Prozent weibliche Personen, für die diese Operation gra-

vierender war als für Männer. Etwa tausend Menschen, die in die Mühlen des Verfahrens einer Zwangssterilisation gerieten, haben sich selbst getötet. Das Schicksal all dieser Menschen blieb im Nachkriegsdeutschland jahrzehntelang unbeachtet.

Krankenmorde: Auf den Tag des Kriegsbeginns, den 1. September 1939, datierte Hitler ein kurzes Schreiben an den Chef seiner Kanzlei Philipp Bouhler sowie an seinen Leibarzt Karl Brandt, in dem er sie beauftragte, „die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, dass nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischer Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann“. Dieser Auftrag löste den Aufbau einer bürokratischen Organisation aus, die ihr Zentrum in einer „arisierten“ Villa in der Berliner Tiergartenstraße 4 hatte. Hier waren etwa 100 Personen tätig. Geregelt wurde der Mord an den Insassen der Anstalten für psychisch, geistig und körperlich Behinderte im Reichsgebiet.

Für die Durchführung der Krankenmorde wurden mehrere Tarnorganisationen gegründet, zum Beispiel eine „Gemeinnützige Kranken-Transport GmbH“, deren Busse, die von der Reichspost gekauft worden waren, die Kranken aus ihren Kliniken über Zwischenstationen in die Tötungsanstalten brachten. Es gab sechs Tötungszentren: im alten Reichsgebiet Brandenburg, Grafeneck, Sonnenstein/Pirna, Bernburg, Hadamar sowie in der „Ostmark“, also in Österreich, Hartheim (bei Linz). Die Tötung der wehrlosen und oft vertrauensseligen Menschen geschah in Gaskammern oder Gaswagen.

Die Krankenmorde konnten nicht dauerhaft verheimlicht werden. Im Juni 1941 kursierten in Deutschland Flugblätter, die aus britischen Flugzeugen abgeworfen worden waren und die über die Krankenmorde informierten. Namentlich aus kirchlichen Kreisen – die Kirchen unterhielten in großer Zahl Pflegeanstalten – gab es bei den Behörden kritische Anfragen. Im August 1941 prangerte der Bischof von Münster, Clemens August Graf von Galen, schließlich in einer öffentlichen Predigt die Krankenmorde an und erstattete Anzeige wegen Mordes, der die nationalsozialistische Justiz selbstverständlich nicht nachging. Als zentral durchgeführte Aktion wurden die Krankenmorde jedenfalls noch im Spätsommer 1941 eingestellt. Über 70 000 Menschen jeden Alters waren bis zu jenem Zeitpunkt umgebracht worden. 1943 wurde die Tötung von Patienten in Pflegeanstalten in verschleierte Form, und zwar durch Medikamente oder bewusste Unterernährung, wieder aufgenommen. Auf diese Weise kamen weitere etwa 30 000 Menschen um.

Zeitlich parallel zu den Morden an Patienten in Anstalten war bereits im August 1939 eine Aktion angelaufen, die missgebildete und geistig behinderte Kinder betraf. Hebammen und Ärzte hatten durch einen Runderlass des Innenministeriums die Anweisung erhalten, Kinder mit derartigen Erscheinungen den Gesundheitsämtern zu melden. In angeblichen „Kinderfachabteilungen“ von Krankenhäusern und psychiatrischen Anstalten wurden die Kinder, oft nach medizinischen Experimenten, durch eine Injektion oder durch Nahrungsentzug getötet. Die Zahl der Opfer wird auf 5000 geschätzt.

Ein bislang weitgehend unerforschtes Geschehen ist das Töten der Anstalts-Patienten in den eroberten Gebieten Osteuropas. Dies geschah mit Kenntnis der Wehrmachtsstellen durch die SS-Einsatzgruppen, durch Gaswagen oder Erschießen. Die Zahl dieser Opfer ist bis heute ungeklärt.

Die Kranken in den psychiatrischen Heil- und Pflegeanstalten gefährdeten in keiner Weise das „deutsche Blut“, denn sie konnten in den Einrichtungen, in denen sie lebten, keine Nachkommen zeugen. Die Nationalsozialisten wollten sich dieser Menschen schlicht entledigen, weil deren Unterhalt mit Kosten verbunden war – ein Gesichtspunkt, der ohne Weiteres öffentlich propagiert wurde, sogar in Schulbüchern. Die Opfer galten als „unnütze Esser“, als „Ballastexistenzen“ und als „Lebensunwert“.

Im Zusammenhang mit den Krankenmorden der NS-Zeit wird häufig der Begriff „Euthanasie“ verwendet, wenn auch im Schriftlichen in der Regel mit Anführungszeichen versehen. Unter „Euthanasie“ wird eine (nach wie vor moralisch umstrittene) Sterbehilfe für unheilbar Kranke oder Schwer-

Marianne und Marylene – Opfer der „Rassenhygiene“

Marianne wird 1925 in einer Stadt im Rheinland geboren. Nach den Vorstellungen jener Zeit ist Marianne mit mehreren Makeln behaftet. Ihre Mutter ist unverheiratet, ihr Vater ein französischer Besatzungssoldat, also ein „Feind“. Das wäre für sich genommen schon schlimm genug gewesen. Schlimmer jedoch: Mariannes Vater ist ein farbiger Soldat, rekrutiert in einer der französischen Kolonien. Marianne gilt nach der NS-Rassenlehre als „minderwertiger Mischling“. 1937 muss sich das Mädchen im Gesundheitsamt einfinden. Von einer Kommission aus fünf Männern wird es eingehend körperlich untersucht. Das Ergebnis des „Gutachtens“: Eine Fortpflanzung des Mädchens wäre nicht wünschenswert, weil es „artfremdes Blut“ in sich trage. Daher müsse Marianne sterilisiert werden. Gegen diese Verfügung gibt es keine Rechtsmittel.

Im Gegensatz zu Marianne ist Marylene 1928 in eine offenbar „normale Familie“ mit mehreren Kindern hineingeboren worden. Das Mädchen hat das Down-Syndrom und zeigt geistige und körperliche Beeinträchtigungen. Es entwickelt sich im Rahmen der Behinderung jedoch recht gut. Nichtsdestoweniger empfindet der Vater, ein überzeugter Nationalsozialist und regional aktiver Funktionär, seine behinderte Tochter möglicherweise als Problem. Jedenfalls wird das Mädchen 1937 in eine Kinder- und Jugendpsychiatrische Anstalt eingewiesen. Dort ist Marylene wie viele andere behinderte Kinder auch – insbesondere in medizinischer Hinsicht – einer bewussten Vernachlässigung ausgesetzt, so dass sie kurz vor ihrem zwölften Geburtstag stirbt, an einer Lungenentzündung – die offizielle Todesursache für viele weitere Kinder in dieser Anstalt.

Mitwirkung am Morden als arbeitsteiliger Vorgang



Archiv Liebenau

Dieses heimlich aufgenommene Foto zeigt den Abtransport geistig behinderter Männer aus der Heil- und Pflegeanstalt Liebenau zur Tötung nach Grafeneck, vermutlich im August 1940. Es ist einer der berüchtigten Transportbusse zu sehen. Im Vordergrund links stehen ein Arzt und eine Ordensschwester (in schwarzer Tracht), die anhand einer Liste die Identität von zwei wartenden Männern prüfen. In der Mitte bringen zwei Männer einen Stempelabdruck auf den Unterarm eines Mannes – in Grafeneck das Zeichen dafür, dass der Träger getötet werden soll. Rechts neben dem Stempelnden steht ein Mann mit einer Liste, und am rechten Bildrand ist ein Transportbegleiter zu erkennen – sechs Akteure, die das Ende einer Kette von übergeordneten Entscheidungsträgern in und außerhalb der Anstalt bilden.

Das Denkmal der „Grauen Busse“

Mittlerweile finden sich in allen ehemaligen Tötungsanstalten und in vielen anderen psychiatrischen Einrichtungen Deutschlands wie Österreichs Denkzeichen und Ausstellungen mit Literaturangeboten über die Zwangssterilisationen und die Krankenmorde während der NS-Zeit. Seit dem 27. Januar 2006 gibt es zudem ein mobiles Denkmal, das an die Krankenmorde während der NS-Zeit erinnern soll. Die Schöpfer sind Horst Hoheisel (geb. 1944) und Andreas Knitz (geb. 1963), Protagonisten des Konzepts von „Gegen-Denkmalern“. Hoheisel und Knitz wollten die in der Regel grauen Busse, mit denen die Kranken zu den Tötungsanstalten gebracht worden sind, das Werkzeug der Täter also, zu einem Erinnerungszeichen werden lassen.

Diese Fahrzeuge waren beinahe zwangsläufig an den Orten und in den Gegenden der Anstalten aufgefallen. Das wusste auch die NS-Führung, wie ein Brief Himmlers vom 19. Dezember 1940 beweist: „Wie ich höre, ist auf der Alb wegen der Anstalt Grafeneck eine große Erregung. Die Bevölkerung kennt das graue Auto der SS und glaubt zu wissen, was sich in dem dauernd rauchenden Krematorium abspielt. Was dort geschieht, ist ein Geheimnis und ist es doch nicht mehr.“

Das Denkmal besteht aus zwei identischen, aus Beton gegossenen Bussen, einer stilisierten, aber originalgroßen Nachbildung der Täterwerkzeuge. Die Gestalt des Busses wird jeweils durch die Außenwände hergestellt. Dazwischen ist ein Gang ausgespart. An einer Innenwand steht die dokumentierte Frage eines der Opfer: „Wohin bringt Ihr uns?“

Einer der Busse steht dauerhaft an der alten Pforte der ehemaligen „Heilanstalt Weißenau“ (Ravensburg/Schwaben). Ein zweiter Bus bewegt sich gleichsam durch Deutschland und wird jeweils für einen längeren Zeitraum an einem der Orte der Krankenmorde aufgestellt. Ein erster Standort lag am Grundstück Tiergartenstraße 4 in Berlin, der organisatorischen Zentrale für die Krankenmorde. Im Internet ist der jeweilige aktuelle Standort zu erfahren: <http://www.dasdenkmaldergrauenbusse.de>

Im Jahre 2009 stand der mobile Teil des Denkmals für mehrere Monate vor der einstigen Tötungsanstalt in der Stadt Brandenburg (siehe unten).

verletzte verstanden, um ihnen gemäß einem frei geäußerten Wunsch einen qualvollen Tod zu ersparen. Davon kann hinsichtlich der Krankenmorde während des NS-Regimes in keiner Weise die Rede sein. Es handelte sich – auch nach den damals formal bestehenden Rechtsgrundsätzen – im juristischen Sinn um Morde. Im Übrigen wurde in den offiziellen Dokumenten über die Tötungs-Aktionen auch nicht von „Euthanasie“ gesprochen, sondern etwa von „Behandlung“, „Ausmerze“ oder – laut Hitler – von „Gnadentod“.

Täter und Täterinnen waren Mediziner in wissenschaftlichen Institutionen, Ärzte, Angehörige von, wie wir heute sagen, Gesundheitsberufen sowie Angestellte in staatlichen und kirchlichen Einrichtungen, Mitarbeiter der Sozialfürsorge, Lehrpersonal, Standesbeamte, technisches Personal. Erschreckend ist auch das Ausmaß von Lügen, Fälschungen und Verschleierungen gegenüber den Angehörigen der Ermordeten. Niemand war gezwungen, sich an den grausamen „rassenhygienischen“ Maßnahmen zu beteiligen. Allerdings bot der NS-Rassismus vielfältige Chancen zu Einstiegen in wissenschaftliche und andere berufliche Karrieren, die nach der NS-Herrschaft oft ohne Weiteres fortgesetzt werden konnten, im Übrigen gleichermaßen in der Bundesrepublik wie in der DDR.

Von den Krankenmorden gibt es eine Verbindung zum Morden in den osteuropäischen Vernichtungslagern. Etwa 100 Männer, die in den Tötungsanstalten in verschiedenen Funktionen tätig gewesen waren, erhielten als „Fachleute“ Positionen namentlich in Treblinka, Sobibor und Belzec, teilweise in Leitungsfunktionen. Sogar der Betrieb, der die Gaskammern in den Tötungsanstalten im Reich gebaut hatte, konnte nun seine „Erfahrungen“ bei dem Bau der Tötungseinrichtungen in Osteuropa einbringen.

Literaturhinweise und Internetadressen

Sedlaczek, Dietmar u. a. (Hg.): „minderwertig“ und „asozial“. Stationen der Verfolgung gesellschaftlicher Außenseiter, Zürich 2005, 198 S.

Aly, Götz (Hg.): Aktion T4 1939-1945. Die „Euthanasie“-Zentrale in der Tiergartenstraße 4, Berlin 1989, 220 S.

Friedlander, Henry: Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung, Berlin 2002, 639 S.

Fuchs, Petra / Rotzoll, Maike u. a. (Hg.): „Das Vergessen der Vernichtung ist Teil der Vernichtung selbst.“ Lebensgeschichten von Opfern der nationalsozialistischen „Euthanasie“, Göttingen 2007, 387 S.

Heesch, Eckhard: Marylene. Ein behindertes Kind im „Dritten Reich“. In: Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte (Kiel), Nr. 43/2004, S. 24-63

Klee, Ernst: „Euthanasie“ im Dritten Reich. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“, Frankfurt am Main 2010, 736 S.

Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 17/139 vom 10. November 2011, S. 16 633 (<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17139.pdf>)



Homosexuelle

Wie bei anderen Opfergruppen des NS-Rassismus schuf das NS-Regime auch für die Verfolgung von Homosexuellen eigens eine Behörde, nämlich 1936 die „Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und Abtreibung“, angesiedelt beim Reichskriminalpolizeiamt. Die Bezeichnung des Aufgabenfeldes offenbart die Zielsetzung. Die Nationalsozialisten meinten, einer „Schwächung“ der Bevölkerungszahl vorbeugen zu müssen.

Während es jedoch durchaus rechtliche und soziale Maßnahmen gibt – diese von gänzlich verschiedenartigem Charakter –, um die Zahl von Abtreibungen in einer Gesellschaft zu vermindern, kann – im Gegensatz zur Aufgabenstellung der „Reichszentrale“ – Homosexualität nicht mit vergleichbaren Mitteln „bekämpft“ werden. Erst recht lässt sich die von den NS-Rassisten beklagte „Schwächung der allgemeinen Volkskraft“, also die statistisch unterstellte Zahl der durch homosexuelle Männer nicht gezeugten Kinder, insbesondere von zukünftigen Soldaten, nicht mittels irgendwelcher Maßnahmen beheben. In diesem Sinne galten Homosexuelle als „entartet“ und als „Volksschädlinge“. Wie „der Jude“ – dieser in ungleich größerem Umfang – so fungierten Homosexuelle nach außen als sozialdemagogisches Schreckensbild. Nicht selten wurden beide Bilder miteinander verknüpft. Der „lesbischen Liebe“ maßen die Nationalsozialisten im Übrigen unter bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten weniger Bedeutung bei, sodass Lesben, abgesehen von Einzelfällen, keinem systematischen Verfolgungsdruck ausgesetzt waren.

Nachdem die Polizeibehörden bereits 1933 damit begonnen hatten, die homosexuelle Subkultur zu zerschlagen, wurde 1935 mit der Verschärfung des § 175 Strafgesetzbuch eine massive Verfolgung von Homosexuellen eingeleitet. Dabei erfasste die Gestapo im Laufe der Zeit rund 90 000 Männer, häufig ermöglicht durch Denunziationen von „Volksgegnossen“. Insgesamt wurden 50 000 Männer nach dem § 175 verurteilt, davon drei Viertel wegen sogenannter einfacher Homosexualität, also wegen sexueller Kontakte unter erwachsenen Männern. Diese Gesetzgebung, im Übrigen ergangen auf Grundlage des „Ermächtigungsgesetzes“, galt in der Bundesrepublik bis 1969.

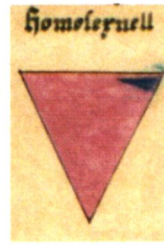
Am 12. Juli 1942 ordnete Heinrich Himmler, der „Reichsführer“ der SS und Reichsinnenminister, an, „in Zukunft alle Homosexuellen, die mehr als einen Partner ‚verführt‘ haben, nach ihrer Entlassung aus dem Zuchthaus in ‚polizeiliche Vorbeugehaft‘ zu nehmen“. Von diesem Zeitpunkt an stieg die Zahl der homosexuellen KZ-Gefangenen deutlich. Homosexuelle Männer, die ihre Freiheitsstrafe verbüßt hatten, konnten ihrer Einweisung in ein KZ entgehen, wenn sie sich kastrieren ließen. Neben diesen Regelungen gab es in der SS und in der Wehrmacht einen Erlass bzw. „Richtlinien“, wonach „widernatürliche Unzucht“ mit dem Tode zu bestrafen war. In derartigen Fällen kamen Betroffene direkt in ein Konzentrationslager, wo sie umgebracht wurden.

Die Zahl der Männer, die wegen ihrer Homosexualität in Konzentrationslagern gefangen gehalten worden sind, wird zwischen 10 000 und 15 000 geschätzt. Sie waren in den KZs im besonderen Maße den Schikanen der Wachmannschaften ausgesetzt; so wurden sie den schwersten Arbeitskommandos zugeteilt und Opfer medizinischer Experimente wie tödlicher „Strafmaßnahmen“. Von ihren Mitgefangenen, die vermutlich homosexuellen Männern gegenüber die damals in der Gesellschaft generell anzutreffende feindselige Einstellung gehabt haben dürften, erfuhr sie zumeist keine Solidarität. Ihre Todesrate lag bei 60 Prozent.

Literaturhinweise und Internetadressen

Grau, Günter (Hg.): Homosexualität in der NS-Zeit. Dokumente einer Diskriminierung und Verfolgung, Frankfurt a. M. 2004, 368 S.

Sigmund, Anna Maria: „Das Geschlechtsleben bestimmen wir!“ Sexualität im Dritten Reich, München 2008, 368 S. (darin ein Kapitel „Homosexuelle als Volksschädlinge“)



Das Zeichen der Homosexuellen in den KZs war der „Rosa Winkel“. Wie auch der ursprünglich diskriminierend gemeinte Begriff „schwul“ wurde dieses Zeichen neben dem internationalen schwullesbischen Symbol des Regenbogens mittlerweile zu einem der Identifikationssymbole der homosexuellen Bewegung.

Der Frankfurter Engel – ein Mahnmal an die Verfolgung Homosexueller

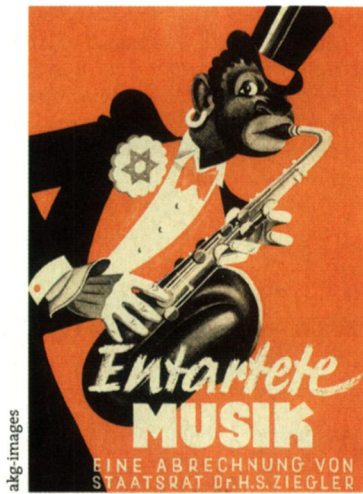


Beide Fotos: Rosemarie Trockel

Die Skulptur „Frankfurter Engel“ in Frankfurt am Main war in Deutschland das erste Mahnmal, das an die Verfolgung von Homosexuellen erinnert – nicht allein während der NS-Zeit. Die Bronzefigur wurde von der 1952 geborenen bildenden Künstlerin Rosemarie Trockel, Professorin an der Kunstakademie Düsseldorf, geschaffen und 1994 auf dem späteren Klaus-Mann-Platz eingeweiht. Die Vorlage für die Figur war das an den Flügeln lädierte Gipsmodell einer am Ende des 19. Jahrhunderts ursprünglich für das Westportal des Kölner Doms geplanten Figur, eines „Engels mit Schriftband“.

Der Engel wurde zu einer neuen Figur, indem die Künstlerin ihm den Kopf abschlug und diesen leicht verdreht wieder fixierte. Die Spuren der Abtrennung blieben sichtbar, was, wie auch der gebrochene Flügel, als ein Symbol für die nicht wiedergutzumachenden Schädigungen durch die Homosexuellenverfolgung wie für ein „Anderssein“ stehen soll.





Das Titelblatt einer Begleitbroschüre zur Ausstellung „Entartete Musik“, die ab 1938 an mehreren Orten des Deutschen Reiches gezeigt wurde. Die Ausstellung richtete sich nicht allein gegen Jazzmusik, sondern darüber hinaus auch gegen die damalige Gegenwartsmusik, sogenannte E-Musik, von „jüdischen“ Komponisten. Die rassistischen Elemente der Darstellung sind sinnfällig: Die Gesichtszüge des afroamerikanischen Musikers ähneln denen eines Primaten; die weiße Nelke, die von Jazzmusikern häufig am Revers getragen wird, ist durch einen Button mit dem Davidstern ersetzt.



Diese Lässigkeit der „Swinger“ entsprach nicht dem Bild der Nationalsozialisten von der deutschen Jugend. Aufnahme aus den frühen 1940er Jahren



Die Drohung ist eindeutig. „Beinahe dieselbe Haltung“ – so lautet der Text zu dieser Karikatur in den „Hamburger Gaunachrichten. Zentralorgan der NSDAP“ vom Oktober 1941. Bei der tanzenen Figur ist aufschlussreich, dass – zudem grafisch betont – Daumen und Zeigefinger ein „V“ bilden – ein Zeichen, das die „Swinger“ in Anlehnung an das Victory-Zeichen des damaligen britischen Premierministers Winston Churchill gebrauchten.

Nicht angepasste Jugendliche

Im NS-Regime hatte die Geheime Staatspolizei (Gestapo) für Jahre ein Problem: Es gab offenbar Jugendliche, die sich in ihren Einstellungen und ihren Verhaltensweisen jenen Normen widersetzen, die in der nationalsozialistischen Gesellschaft als „gesund“ propagiert wurden. Es gab die „Edelweißpiraten“ im Rheinland und im Ruhrgebiet sowie die „Swing-Jugend“ in vielen Großstädten des Reichs, besonders in Hamburg. Über die Motive dieser Jugendlichen berichtete der 1925 geborene Günter Discher später: „Das ganze Leben war schon bald militärisch durchorganisiert. [...] Und auch bei der HJ exerzierten und marschierten die jungen Leute andauernd zu den Klängen der Marschmusik. [...] Wir jungen Swinger lehnten diese Marschmusik ab. Wir wollten – genau wie viele junge Leute heutzutage – eine andere Musik spielen und hören. Und zwar das, was populär war: Swing-Musik!“

Nicht allein dass diese jungen Leute Gefallen an „undeutscher“ Musik fanden – im NS-Jargon „Niggerjazz“ –, sie provozierten auch durch ein legeres Äußeres, einen „zersetzenden“ Sprachgebrauch („Swing Heil“) und eine nonkonforme Freizeitgestaltung, kurz: durch Individualität. Zur „Klärung“ dieses Problems mussten selbstredend die rassistischen Denkmuster erhalten. Verhielt sich ein Mensch nicht normgerecht, so musste das nach Meinung der Rassisten eine „blutsmäßige“ Ursache haben. Entsprechend hieß es in einem ministeriellen Bericht über die Swing-Jugend vom August 1941: „Es handelt sich hier z.T. um degenerierte und kriminell veranlagte, auch mischblütige Jugendliche, die sich zu Cliquen bzw. musikalischen Gangster-Banden zusammengeschlossen haben und die gesund empfindende Bevölkerung durch die Art ihres Auftretens und die Würdelosigkeit ihrer musikalischen Exzesse terrorisieren.“

Eine „Lösung“ fand Heinrich Himmler, indem er im Januar 1942 die Anweisung gab: „Alle Rädelsführer, und zwar die Rädelsführer männlicher und weiblicher Art, unter den Lehrern diejenigen, die feindlich eingestellt sind und die Swing-Jugend unterstützen, sind in ein Konzentrationslager einzuweisen. Dort muss die Jugend zunächst einmal Prügel bekommen und dann in schärfster Form exerziert und zur Arbeit angehalten werden. [...] Der Aufenthalt im Konzentrationslager für diese Jugend muss ein längerer, zwei bis drei Jahre, sein.“ Günter Discher kam als einer dieser „Rädelsführer“ in das „Jugendschutzlager Moringen.“

Konzentrationslager für Jugendliche: Im Bundesgesetzblatt Nr. 64/1977 (24. Sept. 1977) wurde eine Liste zu den Konzentrationslagern in der NS-Zeit veröffentlicht. Darin sind 1634 Konzentrationslager benannt. Tatsächlich gab es mehr. In der Liste werden (mit ihren „Außenkommandos“) acht Konzentrationslager für Kinder und Jugendliche aufgeführt. Beschönigend trugen sie die Bezeichnung „Jugendschutzlager“. Im Reichsgebiet gab es ein Lager für Jungen, in Moringen bei Göttingen, mit bis zu 1400 Insassen und ein Lager für Mädchen, mit der Bezeichnung „Uckermark“, nahe dem Frauen-KZ Ravensbrück in Brandenburg, wo bis zu 1200 Gefangene registriert waren. Das Wachpersonal stellte die SS.

Die Gründe, weshalb Jugendliche in eines dieser KZs kamen, widerspiegeln das ganze Spektrum des rassistischen Programms der Nationalsozialisten: wegen Verweigerung des HJ- oder BDM-Dienstes (BDM = Bund Deutscher Mädel) bzw. wegen Ausschlusses aus der HJ oder der SA; wegen „Arbeitsverweigerung“, „Arbeitsbummelei“ oder „Sabotage“; wegen angeblicher „Unerziehbarkeit“, „Renitenz“ oder „Kriminalität“; aufgrund von „Sippenhaft“ im Zusammenhang mit politischer Opposition der Eltern; wegen Homosexualität, aus Gründen der „Rassenhygiene“; aus religiösen Gründen (namentlich Zeugen Jehovas); wegen „artfremden Blutes“ (Sinti und Roma bzw. „Mischlinge“); wegen angeblicher „sittlicher und sexueller Verwahrlosung“; wegen „Rassenschande“ sowie – das betraf unter anderem die „Swinger“ – wegen Opposition und Widerstand.

In den Jugendkonzentrationslagern war auch das „Kriminalbiologische Institut“ des Reichskriminalamtes tätig (siehe S. 6). Galt es doch, das unterstellte kriminelle Potenzial nach erbbiologischen Gesichtspunkten zu „objektivieren“ und daraus erzieherische Schlussfolgerungen zu ziehen. So wurden aufgrund angeblich wissenschaftlicher Untersuchungen „Un-

taugliche“, „Störer“, „Dauerversager“, „Gelegenheitsversager“, „fraglich Erziehungsfähige“ oder „Erziehungsfähige“ ermittelt. „Erzieherische“ Praktiken waren Zwangsarbeit, Strafen, Drill und Schikanen. Zu den Folgen der „kriminalbiologischen Untersuchungen“ zählten Zwangssterilisationen, was in Moringen in 22 Fällen nachgewiesen ist. Für das Lager Uckermark wird erwähnt, dass 38 Mädchen bereits bei der Einlieferung sterilisiert gewesen sind. In Moringen sind etwa 100 Jungen umgekommen; für Uckermark ist keine Zahl bekannt.

Der Krieg gegen die Kinder: Die ungeheuerlichen Opferzahlen, mit denen wir als Folge der „rassischen Neuordnung Europas“ durch die NS-Herrschaft konfrontiert sind, verstellen bisweilen den Blick darauf, dass unter den ermordeten Menschen viele Millionen Säuglinge, Kinder und Jugendliche gewesen sind. Die meisten von ihnen starben als Juden, als „Zigeuner“ oder als Angehörige der „rassisch minderwertigen Ostvölker“. Sie starben entkräftet und verhungert in Lagern, in Gettos, auf Transporten und bei Vertreibungen; sie starben als Arbeitssklaven und Geiseln, in Gaskammern und bei Massenerschießungen durch Handfeuerwaffen,

als „Menschenmaterial“ bei medizinischen Experimenten und „rassenhygienischen Maßnahmen“; sie starben ungeboren mit ihren Müttern. Das NS-Regime führte einen brutalen, mitleidlosen Krieg gegen Neugeborene, Kinder und Jugendliche.

Literaturhinweise und Internetadressen

Beyer, Wolfgang / Ladurner, Monica: Im Swing gegen den Gleichschritt. Die Jugend, der Jazz und die Nazis, Salzburg 2011, 241 S.

Forschungswerkstatt Uckermark (Hg.): Unwegsames Gelände. Das Jugendkonzentrationslager Uckermark – Kontroversen um einen Gedenkort, Berlin 2011, 280 S.

Guse, Martin: „Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben“. Katalog zu den Jugendkonzentrationslagern Moringen und Uckermark, Liebenau/Moringen 1997

Klönne, Arno: Jugend im Dritten Reich. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner, 3., aktual. Aufl., Köln 2008, 327 S.

Ritter, Franz (Hg.): Heinrich Himmler und die Liebe zum Swing – Erinnerungen und Dokumente, Leipzig 1994, 284 S.

Anmerkungen zur Erinnerungskultur

Wandlungen im Umgang mit der NS-Zeit

Als 1996 der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus begründet wurde, hatte sich in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit eine Wandlung der Inhalte und Formen der Erinnerungskultur angesichts des Nationalsozialismus vollzogen. Zudem erforderten die gänzlich unterschiedlichen Diskurse hinsichtlich der NS-Zeit in der alten Bundesrepublik und der DDR Neubestimmungen in der Erinnerungspädagogik. Die Erinnerungskultur hinsichtlich des Nationalsozialismus war in der DDR, die sich aufgrund ihrer sozialistischen Werteorientierung per se als „antifaschistischer Staat“ verstand, wesentlich – wenn auch nicht ausschließlich – auf den kommunistischen Widerstand und die Rolle der Sowjetunion bei dem militärischen Sieg über das NS-Regime gerichtet.

In Westdeutschland hatten sich nach den 1950er und 1960er Jahren allmählich jene intellektuellen und emotionalen Hemmnisse aufgelöst, mit denen es die Täter- und Mitläufergeneration vermocht hatte, belastende Wahrheiten über das Gelingen der NS-Herrschaft von sich fernzuhalten. Das hatte auch Auswirkungen auf die aus heutiger Sicht häufig beschämende Regelung von Entschädigungsfragen für politisch und rassistisch verfolgte Opfer des NS-Terrors. Die Aussage des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker anlässlich des 40. Jahrestages der Kapitulation, der 8. Mai 1945 wäre ein „Tag der Befreiung“ gewesen, dokumentierte schließlich eine Neubewertung der NS-Zeit.

Seither bildeten sich mehr und mehr lokale Initiativen bei der Aufarbeitung der NS-Herrschaft heraus. Die Kinder und Enkel der Täter- und Mitläufergeneration wollten genauer wissen, was in den Städten, Ortschaften und ländlichen Räumen, in denen sie lebten, während der NS-Zeit geschehen war. Sie begaben sich – oft ehrenamtlich engagiert – auf Spurensuche, bisweilen gegen Widerstände lokaler Entscheidungsträger in Parteien und Amtsstuben und gegen populistische Stimmungen vor Ort. Sie trafen unter anderem auf eine lange Zeit nicht wahrgenommene Verdichtung von Stätten rassistischer Gewalt, auf Abertausende von im öffentlichen Gedächtnis verschütteten Lagern und Mordstätten, allein in Deutschland wohlgeordnet. Die Ergebnisse ihres Engagements wurden in vielfältiger Weise – unter anderem auch in Form von Mahn- und Denkzeichen – dokumentiert und präsentiert.

Zugleich setzte in den geschichts- und gesellschaftswissenschaftlichen Forschungen ein umfassenderer Blick auf die Verfolgten und Ermordeten ein, wie im Übrigen auf Täter und Mitläufer, wobei manche

Legenden und Mythen zerstört wurden. Auch änderten sich Inhalte und Fragestellungen von Geschichtsbüchern. Politisch standen am Ende dieser Wandlungen die Beendigung der moralischen und juristischen Diskriminierung von Kriegsdienstverweigerern (so wurde unter anderem der Widerstand der Zeugen Jehovas gewürdigt), von Deserteuren und angeblichen „Kriegsverrättern“ sowie die Entschädigungszahlungen an die noch lebenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter.

Unterschiedliche soziokulturelle Ausgangslagen

Wer heute im Rahmen von Erinnerungsarbeit mit Blick auf den Nationalsozialismus tätig ist, trifft auf unterschiedliche Herausforderungen. Grundsätzlich gilt es zu realisieren, dass bei jugendlichen Adressaten ein persönlicher Bezug zur NS-Zeit durch Mitglieder der Familie oder Lehrerinnen und Lehrer inzwischen weitgehend verloren gegangen ist. Der Nationalsozialismus droht zu einem geschichtlichen Thema unter anderen zu werden, was möglicherweise die verbreitete und bisweilen auch zur Schau gestellte Unlust der Thematik gegenüber zu erklären vermag. Weiter ist häufig eine kognitive wie emotionale Vorprägung der Adressaten festzustellen, etwa bedingt durch das soziale Milieu wie durch medial vermittelte Informationen über die NS-Zeit, zum Beispiel im Fernsehen und im Internet. In unserer Zuwanderungsgesellschaft haben viele Jugendliche zudem einen von außen gerichteten Blick auf die deutsche Geschichte. Hegen sie Vorurteile – beispielsweise Juden gegenüber –, so hat das möglicherweise andere Hintergründe als bei ihren deutschen Altersgenossen. Auch in diesem Milieu können also bereits tradierte, weitgehend gefestigte Einstellungen bestehen.

Vor diesem Hintergrund gilt es sich weiter zu vergegenwärtigen, dass der Nationalsozialismus nicht allein ein Katastrophe für Deutschland war, sondern für ganz Europa. Viele der Kinder und Jugendlichen, die mit einem Migrationshintergrund in Deutschland aufwachsen, gehören nach ihrer Herkunft zu Völkern und Staaten, deren Schicksal durch den Weltkrieg, namentlich durch die deutsche Besatzungsherrschaft, gravierend mitbestimmt worden ist. Ein Teil dieser jungen Menschen kommt aus familiären Zusammenhängen, die durch rassistische wie politische Verfolgungen, durch Widerstand oder auch durch Kollaboration mitgeprägt sein können. Manche haben – neben dem alltäglichen Rassismus in der deutschen Gesellschaft – zeitnahe Erfahrungen mit

politischer Unterdrückung und Verfolgung. Diese könnten, soweit die Betroffenen das möchten, in Lernsituationen einbezogen werden.

Eine besondere Schwierigkeit bei der gemeinsamen Behandlung der Thematik stellen allgemein zu beobachtende Tendenzen im Umgang mit Schwächeren auch in der aktuellen Gesellschaft dar: Niemand will ein „Opfer“ sein, selbst der Begriff wird speziell unter Jugendlichen zur Herabsetzung im Sinne von „schwach“, „uncool“ oder „erfolglos“ verwendet. Bestimmte Begriffe werden in der Jugendsprache – wenn auch in den üblichen modischen Wellen, denen sie unterliegt – zur Abwertung anderer gebraucht. Zu nennen wären: „Jude“, „Zigeuner“, „Spasti“ oder „Assi“ oder nach wie vor auch „schwul“. Der Gedenktag 27. Januar hat offenbar viele aktuelle Bezüge.

Erinnerungsarbeit anstoßen

Da die vermutlich ergiebigste und wirkungsvollste Säule der Erinnerungsarbeit vergangener Jahrzehnte, die der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, praktisch nicht mehr vorhanden ist, stellt sich die Frage, wie künftig eine projektorientierte und aktivierende Erinnerungsarbeit ermöglicht werden kann, die geeignet ist, bestehende kognitive und – schwieriger noch – emotionale Filter zu durchdringen und empathischen Fähigkeiten Ansatzpunkte zu geben. Möglichkeiten dazu eröffnet die lokale bzw. regionale Erinnerungskultur.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten und nicht zuletzt mit beeinflusst durch den Gedenktag 27. Januar sind in Deutschland (wie auch in Österreich) in großer Zahl Denkzeichen, Denkmäler und Gedenkort errichtet worden, die an die rassistischen Verbrechen der NS-Zeit erinnern. Deutlich lässt sich ein Perspektivwechsel zu den Opfern von Geschichte ausmachen. Oft werden Bezüge zu lokalen Ereignissen hergestellt. Generell bietet die Auseinandersetzung mit Denkzeichen Anlässe zur Projektarbeit. Erkenntnis leitende Fragestellungen könnten dabei beispielsweise lauten:

- Wie sieht die Erinnerungslandschaft (nicht allein hinsichtlich der NS-Herrschaft) in unserer Region, in unserem Ort, in unserer Stadt bzw. (bei großen Städten) in unserem Stadtteil aus?
- An welche Geschehnisse, Personen oder Gruppen soll durch Denkzeichen oder Straßennamen erinnert werden?
- Denkmäler haben eine „Biografie“. Lassen sich Diskussionen nachvollziehen, die mit der Errichtung eines Denkzeichens verbunden gewesen sind? Was waren die Motive für bestimmte Straßennamen? Hat es Widerstände gegeben?
- Wer hat das Denkmal gestaltet? Lebt die Künstlerin/der Künstler noch? Welche anderen Werke gibt es? Ist ein Gespräch mit ihr/ihm möglich?
- Was ist unter einem „Gegen-Denkmal“ (Horst Hoheisel) bzw. „Gegen-Monument“ oder „counter-monument“ (James E. Young) zu verstehen?

- Was hat ein Kunstkritiker gemeint, wenn er sagte: „Das beste Denkmal ist eine anhaltende Debatte über ein Denkmal.“
- Wie könnte ein (thematischer) Stadt-/Stadtteilrundgang gestaltet sein?

Wie lässt sich Aufmerksamkeit auf ein Denkmal lenken? Dazu hatten Jugendliche im Berliner Stadtteil Köpenick im April 1998 – kurz nach der Reichstagsverhüllung durch das Künstlerpaar Christo und Jeanne-Claude – die Idee, Denkmäler zur politischen Verfolgung während der NS-Zeit mit weißen Tüchern zu verhüllen, auf denen in roter Schrift das Wort „Vergessen“ zu lesen war. Diese Aktion lässt sich auch denken, um auf ein wenig wünschenswertes Denkmal oder auch auf einen problematischen Straßennamen hinzuweisen.

Mobile Denkmäler bewirken zumeist eine erhöhte Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Das gilt für den „Grauen Bus“ ebenso wie für den „Zug der Erinnerung“, eine Art mobile Gedenkstätte, die das Schicksal von Kindern während der rassistischen Verfolgung in der NS-Zeit thematisiert. Eine gesteigerte öffentliche Wahrnehmung ist auch mit dem Pflastern der „Stolpersteine“ von Gunter Demnig verbunden.

Rassismus als Folie für Menschenrechtserziehung

Der Gedenktag 27. Januar sollte eingebunden sein in die Aufarbeitung des Rassismus, der als eine der prägenden Erscheinungen der neuzeitlichen europäischen Geschichte gelten muss. Rassismus ging einher mit der brutalen Unterdrückung, Ausbeutung und Vernichtung von indigenen Völkern in allen Teilen der Welt durch die Kolonialmächte. Diese Praktiken und Erfahrungen nährten in den als „zivilisiert“ geltenden europäischen Gesellschaften insbesondere im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert Überlegenheitsfantasien, die sich zunehmend auch gegen Minderheiten und schwächere Mitglieder der eigenen Gesellschaften richteten. Namentlich Juden, „Zigeuner“ und Schwerstbehinderte wurden ausgegrenzt und Gegenstand von Vernichtungsfantasien. Unfassbar und historisch singulär wird der NS-Rassismus dadurch, dass es ihm gelang, diese zunächst abwegig anmutenden Vernichtungsideen radikal in die praktische Tat umzusetzen. Insofern bleibt der Fragenkomplex des „Warum?“ zentral und damit der Blick auf direkt und indirekt Tatbeteiligte, auf Mitläufer, Mitläuferinnen und Zuschauende wie auf jene psychodynamischen Prozesse, welche die NS-Herrschaft mit ihren rassistischen Verbrechen ermöglichten. Zum Positiven gewendet sollte die Auseinandersetzung mit dem Rassismus als Anlass dienen, um die Bedeutung der Menschenrechte wie deren allenthalben mögliche Gefährdung sinnfällig zu machen. Aus den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus wurde die Werteordnung des Grundgesetzes formuliert, und sie gilt es, lebendig zu halten.

Impressum

Redaktionsschluss der Ausgabe
Oktober 2012

Herausgeberin
Bundeszentrale für politische Bildung/bpb,
Adenauerallee 86,
53113 Bonn

Fax
02 28 / 995 15-309

Internet-Adresse
www.bpb.de/izpb

E-Mail
info@bpb.de

Redaktion
Christine Hesse (verantwortlich, bpb),
Jutta Klaeren,
Cornelius Strobel (Volontär)

Manuskript
Dr. Gernot Jochheim, Berlin

Titelbild
Maik Smolarczyk, aviapictures.com

Gesamtgestaltung
KonzeptQuartier® GmbH,
Art Direktion: Linda Spokojny,
Melli-Beese-Straße 21, 90768 Fürth

Druck
Stark Druck GmbH + Co. KG,
75181 Pforzheim

Vertrieb
IBRo, Kastanienweg 1, 18184 Roggentin,
Fax: 03 82 04 / 66-273 oder E-Mail: bpb@ibro.de